

Das Selbstverständnis der BWG zwischen Kontinuität und Wandel im Verlauf ihrer 80jährigen Geschichte¹

von Ulrich Menzel

Als Gründungsdatum der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, fortan BWG, bieten sich drei Anlässe an: Die Genehmigung der ersten Satzung durch den Reichserziehungsminister Bernhard Rust mit Schreiben an den Braunschweigischen Ministerpräsidenten und Volksbildungsminister Dietrich Klagges am 28.7.1943, die konstituierende Sitzung der BWG im Rektorat der TH Braunschweig am 30.11.1943, auf der der gerade selber ernannte Rektor Fritz Gerstenberg, laut Satzung in Personalunion Präsident der BWG, deren Amtsträger ernannte, oder die feierliche Eröffnung im Sitzungssaal der Wirtschaftskammer (heute IHK) am 9.12.1943 in Anwesenheit von Klagges mit Ansprachen von Gerstenberg, Emil Herzig, Rektorzugänger und Vizepräsident der BWG sowie Ernst Schmidt als Vorsitzender von deren Senat.² Gleichviel, welches man als das eigentliche Gründungsdatum ansieht, so ist das Gründungsjahr 1943 doch erklärungsbedürftig, noch dazu zu einem Zeitpunkt des Krieges, als bereits der Führererlaß vorlag, „daß Planungen nichtkriegswichtiger Art der Zeit nach der Beendigung des Krieges vorbehalten bleiben“, wie das Ministerium Herzig am 6.7.1942 mit Bezug zu einer BWG-Gründung mitgeteilt hatte.³ Eine weitere Gründung einer Wissenschaftlichen Gesellschaft hat es während der gesamten NS-Zeit nicht gegeben. Wenn man das Selbstverständnis der BWG zwischen

¹ Die Quellenlage zur Geschichte der BWG ist nicht schlecht. Herangezogen wurde das Archiv der BWG, das Auskunft bis etwa 1957 gibt. Da es während der hier unternommenen Recherchen aus dem Archiv der TU Braunschweig in das Nds. Landesarchiv nach Wolfenbüttel verlagert wurde, werden hier noch die alten Signaturen verwendet. Ferner wurden ausgewählte Ordner aus dem Sekretariat zum Komplex Protokolle der Plenarsitzungen (drei Ordner), Sitzungen, Satzungen und Korrespondenz mit anderen Akademien herangezogen, die z.T. bis in die Gründungsphase zurückreichen. Eine Trennschärfe zu den ins Archiv gewanderten Beständen ist nicht erkennbar. Ferner die Satzungen, Listen von Mitgliedern und Funktionsträgern sowie Ansprachen anlässlich der Übergabe des Präsidentenamts oder der feierlichen Jahresversammlung sowie sonstige Materialien über die BWG, soweit sie in den Abhandlungen und Jahrbüchern oder auf der Internetseite der BWG unter <http://www.bwg-nds.de/> veröffentlicht wurden. Einschränkend muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß aus diesen Materialien eher das Selbstverständnis der Amtsträger und nur in ganz seltenen Fällen das der einfachen Mitglieder hervorgeht. Herangezogen wurde ferner die Literatur über die BWG, unter denen die Aufsätze von Georg Müller, Bestrebungen zur Errichtung einer technischen und Montanistischen Hochschule (Kraft und Stoffe) in Braunschweig in den Jahren 1939 und 1943 (in Jahrbuch der BWG 1991) und Zur Gründung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (in Abhandlungen 1996) und der Band von Weißelhöft/Matuschek, 70 Jahre Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft 1943-2013 herausragen.

² Alle drei Ansprachen in: Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft. Veröffentlichungen und Mitteilungen 1.1944, dem ersten und einzigen Heft, das vor Kriegsende erschienen ist.

³ Vgl. dazu REM an Herzig vom 6.7.1942 in UABS F001, Nr. 9.

Kontinuität und Wandel nachvollziehen will, verlangt dieses mysteriöse und einzigartige Gründungsdatum zunächst die Aufklärung des Selbstverständnisses zum Zeitpunkt ihrer Gründung und deren Anlässe und Umstände.

Umso überraschender ist die Erkenntnis, daß diese Aufklärung nicht schon lange zuvor, so etwa anlässlich des 10jährigen Jubiläums, des 25jährigen Jubiläums 1968, des 40jährigen Jubiläums 1983 oder des 50jährigen Jubiläums 1993 erfolgt ist. Dies geschah erst 1996 aus eher zufälligem Anlaß. In Heft 1 des Jahrgangs 1988 der Carolo-Wilhelmina, Mitteilungen der TU Braunschweig, erschien der auf seiner Dissertation basierende Aufsatz von Bernhard Stubenvoll "Die Beteiligung der technischen Hochschule Braunschweig an den Planungsvorgängen in der NS-Zeit". Darin stellt Stubenvoll an zwei Stellen in jeweils einem lapidaren Satz einen Zusammenhang her zwischen der geplanten Zusammenlegung der TH Braunschweig mit der Bergakademie Clausthal und der Gründung einer gemeinsamen Wissenschaftlichen Gesellschaft. Zudem verweist er auf eine in Hannover verfolgte Initiative zur Gründung einer Leibniz-Gesellschaft, der sich Braunschweig und Clausthal als Untergruppen anschließen hätten.⁴ Der damalige Generalsekretär der BWG, Egon Richter, hatte offenbar den Aufsatz gelesen und wurde motiviert, diesem Sachverhalt nachzugehen. Nachdem er in den Braunschweiger Akten nicht fündig geworden war, wandte er sich hilfesuchend an den Rektor der TU Clausthal, Egon Müller. Müller ist zwar Mineraloge und Lagerstättenkundler, besitzt aber ein starkes historisches Interesse, wie seine zahlreichen Publikationen zur Geschichte der Bergakademie, gerade auch während der NS-Zeit, unterstreichen. Durch die Anfrage Richters wurde er motiviert und ist im Archiv der TU Clausthal fündig geworden. Ergebnis seiner Recherchen war ein Vortrag vor dem BWG-Plenum am 6.7.1991 in Clausthal „Bestrebungen zur Errichtung einer Technischen und Montanistischen Hochschule (Kraft und Stoffe) in Braunschweig in den Jahren 1939 und 1943“, der im Jahrbuch 1991 der BWG mit zahlreichen Quellen als Anhang abgedruckt wurde. Auf einen 1995 erschienenen Band über die Bergakademie in den 1920er-1940er Jahren, in dem auch die BWG-Gründung angesprochen wird,⁵ folgte am 6.7.1996 ein weiterer Plenarvortrag mit dem Titel „Zur Gründung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft“, an den sich laut Protokoll „eine lebhafte Diskussion“ der 29 Teilnehmer, die in

⁴ Ebd. S. 39-52; Zitate S. 49 und 51.

⁵ Georg Müller, Vom Stahlhelm zum Hakenkreuz. Menschen und Vorgänge an der Bergakademie Clausthal in den zwanziger bis vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Clausthal-Zellerfeld 1995.

Begleitung von 15 Ehefrauen erschienen waren, angeschlossen hat.⁶ Der Vortrag wurde 1996 in den Abhandlungen abgedruckt.⁷

Der letztgenannte Vortrag und Aufsatz ist der erste gründliche Beitrag zur Aufarbeitung der Anlässe und Umstände, warum die BWG während der NS-Zeit und dazu noch in einer Phase des Zweiten Weltkriegs gegründet wurde, in der nach der Wende in Stalingrad im Winter 1942/43 für Weitsichtige, zu denen sicher die professoralen in der Rüstungsforschung tätigen Gründungsmitglieder gehörten, klar war, daß der „Endsieg“ zur Schimäre geworden und stattdessen das Ende des NS-Regimes absehbar war. Belegt wird durch die beiden Beiträge von Müller, daß die Verlagerung der Bergakademie nach Braunschweig und die Gründung der BWG in einem unmittelbaren Zusammenhang standen, sollte die Vereinigung beider Hochschulen in einer noch zu bauenden Hochschulstadt,⁸ für die das Gelände zwischen Bienroder Weg, Hans Sommer-Straße und Beethovenstraße bereits angekauft war, doch durch eine gemeinsame Wissenschaftliche Gesellschaft flankiert werden. Steigt man tiefer in die Materie ein, erschließen sich diverse Kontexte, in die beide Vorgänge eingebettet waren, die sich überlappen, aber auch unabhängig voneinander entstanden sind und nicht alle von Müller angesprochen werden.

Die politischen Kontexte der BWG-Gründung

Kontext 1 ist die seit der Weimarer Zeit diskutierte Reichsreform bezüglich seiner Binnengliederung, die nach der Machtergreifung der Nazis durch den Innenminister Frick zügig in Angriff genommen wurde. Die Grundidee, um die Dominanz Preußens gegenüber den anderen Ländern zu brechen, lautete, Preußen in seine Provinzen aufzulösen, die besonders in Nord- und Mitteldeutschland zu findenden Kleinstaaten in den sie umgebenden preußischen Provinzen aufgehen zu lassen und die mittelgroßen süddeutschen Länder zu erhalten. Perspektivisch wäre es womöglich, wie von der Münchener Parteizentrale angestrebt, zu einer Deckungsgleichheit der neuen Länder mit den Parteigauen der NSDAP gekommen. Das kleine

⁶ Protokoll der Plenarversammlung vom 6.7.1996 in BWG, Ordner Plenarversammlungen ab 1991 bis 1998.

⁷ Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 47.1996, S. 7-34.

⁸ Vgl. dazu Holger Pump-Uhlmann, Das Projekt einer „Hochschulstadt“ 1938-1942. In: Walter Kertz (Hrsg.), Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995. Hildesheim 1995, S. 583-597.

Braunschweig wäre demnach in einer Provinz Hannover oder Niedersachsen aufgegangen, was auf Gauebene bereits der Fall war. Die beiden östlichen Exklaven Blankenburg und Calvörde wären einer Provinz Sachsen zugeschlagen worden.⁹ Es hätte mit seinen etwa 500.000 Einwohnern noch nicht einmal für einen Regierungsbezirk gereicht. In Braunschweig wie in allen anderen kleinen Ländern schrillten die Alarmglocken. Unterstützt durch die IHK wie die Landeskirche startete Klagges in mehreren Denkschriften¹⁰ eine Gegeninitiative zur Gründung eines Gaus Ostfalen mit Braunschweig als Gauhauptstadt durch dessen Ausgliederung aus dem Gau Südhannover unter Hinzufügung von Hildesheim, Lüneburg u.a. Gebieten auf Kosten der beiden Hannoveraner Parteigäue, um so indirekt die Unabhängigkeit seines Landes zu behaupten. Nachdem er mit dieser großen Lösung am Widerstand Hitlers gescheitert war, versuchte er, Braunschweig „von unten“ aufzuwerten durch Siedlungspolitik (Lehndorf, Mascherode u.a.), die Gründung von Industriebetrieben, die Erweiterung Braunschweigs um eine „Südstadt“ für die Beschäftigten der Reichswerke und durch den Ausbau alter und die Förderung bzw. Gründung neuer Forschungs- und Ausbildungsstätten wie die Luftfahrtforschungsanstalt Herman Göring (LFA) in Völkenrode, die Bernhard Rust-Hochschule für Lehrerbildung (BHR), diverse Parteischulen wie die SS-Junker-Schule im Schloß oder die HJ-Führerschule an der Wolfenbütteler Straße und den Bau einer Hochschulstadt unter Einbeziehung der aus Clausthal zu verlagernden Bergakademie.¹¹ Gestärkt durch diese Aktivitäten, die Braunschweig auf Augenhöhe mit Hannover bringen sollten, hoffte er, die nach dem Krieg zu erwartende Umsetzung der Reichsreform als eigenständiges Land Braunschweig zu überstehen. Tatsächlich wurde mit der Gründung des Landes Niedersachsen 1946 die

⁹ Vgl. dazu die Denkschrift von Kurt Brüning, Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches an den Hannoverschen Provinziallandtag. Bd. 1. Hannover 1929; Bd. 2 1931. Pikant ist, daß Brüning von 1930-1933 als a.o. Professor für Geographie an der TH Braunschweig tätig war und Rektor Otto Schmitz am 2.7.1931 darauf hingewiesen hatte, daß bei der Gründung eines Landes Niedersachsen auch die Zusammenlegung der Hochschulen von Hannover und Braunschweig im Raum stände. Braunschweig könne der Vereinnahmung durch den Ausbau der Lehramtsfächer begegnen, um sein Profil gegenüber Hannover zu schärfen. Brüning an Schmitz in: Archiv der TU Braunschweig AI:137.

¹⁰ Vgl. dazu Ulrich Menzel, Der Anfang vom Ende. Die Reichsreform und die retardierende Wirkung der Braunschweiger Denkschriften 1933/34. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 98.2017. S. 141-170.

¹¹ Zum Kontext all dieser Aktivitäten vgl. Ulrich Menzel, Die Steigbügelhalter und ihr Lohn. Hitlers Einbürgerung in Braunschweig als Weichenstellung auf dem Weg zur Macht und die Modernisierung des Braunschweiger Landes. Braunschweig 2020, S. 307ff. Das Argument kommt im Untertitel des Buches zum Ausdruck.

Reichsreform entlang der bereits von Brüning konzipierten Grenzen von der britischen Besatzungsmacht umgesetzt.

Kontext 2, der erklärt, warum der seit dem 20.2.1937 amtierende Rektor der Bergakademie, Hans Grothe, ein Interesse an der Vereinigung mit der TH Braunschweig hatte, resultiert aus dem Umstand, daß der Niedergang des Oberharzer Bergbaus die Attraktivität der Bergakademie geschmälert hatte und daß die räumlichen Kapazitäten in Clausthal, zur Preußischen Provinz Hannover gehörend, unzureichend geworden waren. Alle Versuche, den Standort auszubauen, waren am Widerstand des Kultusministeriums gescheitert. Deshalb startete Grothe im August 1938 eine Initiative zur kompletten Verlagerung seiner Bergakademie in die alte Bergbaustadt Goslar, deren Grube am Rammelsberg im Zuge der Autarkiepolitik des Vierjahresplans einen großen Modernisierungsschub erfahren sollte. Dabei wandte er sich auch an den Direktor der im Aufbau befindlichen Reichswerke im Salzgittergebiet, Paul Pleiger, mit der Bitte um Unterstützung. Womöglich hatte er ein Eigentor geschossen, weil er Pleiger auf den Gedanken gebracht haben könnte, die Bergakademie stattdessen in die im Planungsstadium befindliche Stadt der Reichswerke (bzw. Herman Göring-Stadt) im Salzgittergebiet (heute Lebenstedt) zu verlagern. Umgekehrt sah Klagges, nachdem Grothe mit seiner Initiative gescheitert war, die einmalige Chance, seine Hochschule durch die Verschmelzung mit Clausthal aufzuwerten. Grothe wurde durch das großzügige Angebot gelockt, daß von den 42 ha des neuen Hochschulgeländes 14 für Clausthal zur Verfügung ständen. Auch die Professoren wurden persönlich geködert, indem man ihnen in Riddagshausen ein attraktives Gelände zum Bau von Eigenheimen mit Zentralheizung bei niedrigen Mieten anbot.

Kontext 3 führt uns ins Reichserziehungsministerium (REM) nach Berlin. Dort wurde Ende April 1939 der Chemiker und vormalige Präsident der Forschungsgemeinschaft (heute DFG), Rudolf Mentzel, zum Ministerialdirektor (später Ministerialdirigent) und Leiter des Amtes Wissenschaft ernannt. Eine seiner Aufgaben war die Gleichschaltung der alten Akademien in Berlin, München, Göttingen und Leipzig, die auf eine lange Geschichte zurückblickten und sich 1893 zum „Kartell der Akademien der Wissenschaften“ zusammengeschlossen hatten. Weil diese aufgrund ihrer langen Tradition sehr selbstbewußten Akademien sich der Gleichschaltung, insbesondere der

Ersetzung des Wahl- durch das Führerprinzip, widersetzten¹², verfolgte Mentzel seit Februar 1940 die Idee zur Gründung einer Reichsakademie, deren Satzung er vorschreiben konnte. Deren Unterbau sollte durch die Eingliederung der alten und noch zu gründender neuer Akademien gebildet werden. Insofern war Mentzel jeder Initiative zur Gründung einer Wissenschaftlichen Gesellschaft an einem Hochschulstandort gewogen und suchte diese nach Kräften zu unterstützen. Deshalb befürwortete er den im REM zu genehmigenden Zusammenschluß von Braunschweig und Clausthal und dessen Flankierung durch eine Wissenschaftliche Gesellschaft. Es versteht sich, daß er nur eine Satzung genehmigen würde, die sich am Führerprinzip orientierte.

Kontext 4 betrifft die leidige Rivalität von Braunschweig und Hannover. Als die Gauleitung in Hannover von den Plänen erfuhr, daß die preußisch-hannöversche Bergakademie ausgerechnet nach Braunschweig verlagert werden sollte, regte sich dort der Widerstand. Hartmann Lauterbacher, der im Dezember 1940 Rust als Gauleiter ersetzt hatte, intervenierte seitdem zugunsten von Hannover über die Parteischiene. Am 7.12.1940 wurde eine Denkschrift „Betr. Verlagerung der Bergakademie Clausthal. Hannover oder Braunschweig?“¹³ vorgelegt, die wenig überraschend für die Verlagerung nach Hannover plädierte. Am 23.1.1941 lud der Landeshauptmann der Provinz Hannover, Gessner, zu einer Konferenz über die Gründung einer „Leibniz-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Niedersachsen“ als Dachverband der TH Hannover, der Tierärztlichen Hochschule Hannover und der Bergakademie. Die Göttinger Mitgliedschaft wurde wegen der weiten Entfernung als ungeeignet angesehen. Die Gesellschaft sollte eine naturwissenschaftlich-technische, eine biologisch-medizinische und eine staatswissenschaftliche Abteilung haben.¹⁴ Perspektivisch sollte auch Braunschweig Mitglied werden. Als Lauterbacher im April 1941 auch noch Lutze als Oberpräsident ersetzt hatte, konnte er auch auf der staatlichen Ebene aktiv werden. Der 2. Entwurf der Satzung vom Juni 1941 ließ die Mitgliedshochschulen und die Sektionen offen. Schirmherr sollte der „in Hannover dienstsässige Gauleiter“ sein.¹⁵ Damit gab es zwei parallele Aktivitäten, Clausthal nach Braunschweig oder Hannover zu verlagern und durch eine Braunschweigische oder eine

¹² So hatte die Preußische Akademie sich am 8.6.1939 geweigert, den kommissarisch vom REM zum Präsidenten der Reichsakademie eingesetzten Mathematiker, Antisemiten und alten Kämpfer Theodor Vahlen zu bestätigen, sodaß der Posten bis Kriegsende unbesetzt blieb.

¹³ Text im Anhang von Müller 1991, S. 83-87, abgedruckt.

¹⁴ Details bei Müller 1996.

¹⁵ Text in UABS F001, Nr. 9.

Niedersächsische Wissenschaftliche Gesellschaft alias Leibniz-Gesellschaft zu flankieren. Bereits in beider Namen offenbarte sich der politische Kern des Vorgangs.

Bei einer Besprechung mit Mentzel im REM am 18.6.1941, auf der Herzig die Alternativen Leibniz-Gesellschaft unter Teilnahme von Hannover, Clausthal, Göttingen und ggf. Braunschweig oder eigene Braunschweiger Gesellschaft, weil Braunschweig mehr nach Osten orientiert sei, vorstellte, plädierte Mentzel für die zweite Alternative als Untergruppe der Reichsakademie durch Ausgliederung der Wissenschaftlichen Gruppe aus dem 1918 gegründeten Braunschweigischen Hochschulbund (BHB) mit einer mathematisch-naturwissenschaftlichen und einer technischen Sektion. Eine regelrechte Neugründung hätte sich so erübrigt. Als Herzig am 4.7.1941 ein weiteres Mal in Berlin, u.a. mit dem kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie, Theodor Vahlen, konferierte, schlug dieser den Namen „Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft“ vor¹⁶ – sozusagen die Geburtsstunde der BWG. Erwogen wurde auch die Gründung einer Luftfahrttechnischen Abteilung wegen der 1936 gegründeten LFA in Völkenrode¹⁷ und des 1934-1939 entstandenen „Luftfahrtlehrzentrums“ der TH Braunschweig am neuen Flughafen in Waggum mit Instituten für Flugmechanik, Flugzeugbau, Luftfahrzeugführung und Triebwerkslehre.¹⁸ Postwendend sandte Herzig am 5.7.1941 im Sinne des Plädoyers von Mentzel, unter Verweis, daß Braunschweig „ein wissenschaftlicher Zentralpunkt der Luftfahrtforschung“ geworden sei, einen Antrag an das REM, die wissenschaftliche Gruppe des BHB in eine „Gesellschaft der Wissenschaften zu Braunschweig im Verbund mit der Reichsakademie der Wissenschaften umbilden zu wollen.“¹⁹

Der bereits angedeutet Kontext 5 resultiert aus den immer weiter ausufernden Ambitionen Görings. Am 24.8.1941 entschied er, womöglich angeregt durch Pleiger, daß die Bergakademie nach dem Krieg zusammen mit dem Wolfenbütteler Technikum, Vorläufer der heutigen Ostfalia, und einem ursprünglich für Braunschweig oder Hannover vorgesehenen Erdölinstitut in die Stadt der Reichswerke verlagert und zu einer Bergbauwissenschaftlichen Hochschule (Hermann Göring-Universität) vereinigt wird,

¹⁶ UABS F001, Nr. 9.

¹⁷ Daniel Jankowski, Ein Ort der Forschung. Die Geschichte der Deutschen Forschungsanstalt für Luftfahrt/Luftfahrtforschungsanstalt Hermann Göring und der Forschungsanstalt für Landwirtschaft bei Braunschweig-Völkenrode zwischen 1936 und 1966. Schellerten 2023.

¹⁸ Bettina Gundler, Das „Luftfahrtlehrzentrum“. Luftfahrtlehre und -forschung an der TH Braunschweig im „Dritten Reich“. In: Kertz 1995, S. 509-531.

¹⁹ Herzig an REM via Braunschweigischer Minister für Volksbildung vom 5.7.1941. In: UABS F001, Nr. 9.

in der die Vierjahresplan-Forschung und die Ausbildung von Hütteningenieuren stattfindet.²⁰ Ihm schwebte sogar die Gründung einer „Luftfahrttechnischen Akademie“ vor, zu der sicher Völkenrode gehört hätte. Damit waren alle Pläne vom Tisch, Clausthal nach Braunschweig oder Hannover zu verlagern und eigentlich auch, diese Verlagerung durch eine Wissenschaftliche Gesellschaft zu flankieren. Die Pläne für die Hochschule im östlichen Bogen der Ost-West-Achse der neuen Stadt waren bereits gezeichnet.²¹ Nachgeordnete Amtsträger in Partei und Staat wie der Gauleiter in Hannover oder der Ministerpräsident in Braunschweig hatten zur Kenntnis zu nehmen, daß der zweite Mann im Staate alle schon weit gediehenen Pläne und sogar finanzielle Vorleistungen mit einem Machtwort zur Makulatur werden ließ.

Der Kontext 6 wurde durch den Kriegsbeginn 1939 und vor allem den Kriegsverlauf seit 1941/42 bestimmt. Mit Kriegsbeginn wurden alle zivilen Bauvorhaben eingestellt. Das galt auch für die Stadt der Reichswerke und den Bau der Hochschulstadt in Braunschweig, sodaß an eine Verlagerung der Bergakademie, wohin auch immer, vorläufig nicht zu denken war. Als aber nach Kriegsbeginn der Lehrbetrieb in Clausthal vorübergehend eingestellt wurde, weil alle Studenten und ein Teil der Assistenten und Professoren eingezogen wurden und nur noch militärisch relevante Forschung stattfand, dieser Effekt in Braunschweig aber nur bedingt zum Tragen kam, suchte Klagges die Notlage Clausthals zu instrumentalisieren, indem er auch ohne neue Hochschulstadt die provisorische Verlagerung einzelner Professoren und Institute nach Braunschweig vorschlug, um die dort entstandenen Lücken vertretungsweise zu füllen.²² Dazu bot er nach der Abwicklung der BHR den leerstehenden Mitteltrakt des Gebäudes an, in dem auch das Erdölinstitut provisorisch untergebracht werden sollte.

Der weitere Verlauf des immer weiter ausufernden Krieges führte dazu, daß im Juni 1942 per Führerentscheid alle nicht kriegswichtigen Vorhaben, so auch die Gründungen einer Reichsakademie, einer Leibniz-Gesellschaft, einer Luftfahrttechnischen Akademie und die Ausgliederung der Wissenschaftlichen Gruppe des BHB als Sektion der Reichsakademie, gestoppt wurden. Lediglich die Initiative zur Verbindung der TH mit der LFA durch eine gemeinsame Wissenschaftliche Gesellschaft wurde von Seiten des REM weiter befürwortet – vielleicht weil man sich davon eine

²⁰ Lauterbacher an Herzig vom 29.8.1941. Schreiben in: Müller 1991, S. 100.

²¹ Skizze in Stubenvoll 1988, S. 51.

²² Müller 1991, S. 44.

rüstungsrelevante Kooperation erhoffte.²³ Da die handelnden Akteure zu diesem Zeitpunkt noch von einer siegreichen Beendigung des Krieges ausgegangen sein dürften, waren die genannten Konflikte auf die Nachkriegszeit vertagt.

Halten wir fest. Die spätere Gründung der BWG war ganz eindeutig ein politischer Vorgang, war kaum mehr als ein Spielball diverser sich widersprechender Interessen, die am Ende sogar militärisch begründet wurde. Die eigentlichen Strippenzieher waren der Ministerpräsident Klagges, mehrfach vertreten durch seinen Hochschulreferenten Dürkop, der Braunschweig aus den genannten Gründen aufwerten wollte; der Gauleiter und Oberpräsident Lauterbacher, der diese Aufwertung verhindern und Braunschweig im Vorgriff auf die Reichsreform auch über die wissenschaftliche Schiene vereinnahmen wollte; ferner der Ministerialdirigent Mentzel im REM, dem es um die Gleichschaltung der Akademien durch die Gründung einer Reichsakademie entlang des Führerprinzips ging, bei der die BWG den Vorreiter gemacht hätte; und schließlich der eitle Göring, dem es, angestiftet durch Pleiger, um prestigeträchtige Zutat für seine Stadt ging. Die im Vordergrund handelnden Akteure, die Rektoren Herzig (Braunschweig), Grothe (Clausthal) und Matting (Hannover) mußten den Interessen der Strippenzieher Rechnung tragen und ihre Aktivitäten wissenschaftlich verbrämen.

Die Gründung der BWG und ihr erstes Selbstverständnis

Alle diese Umstände hielten Klagges nicht davon ab, zumindest die kleine Lösung, die Gründung einer BWG, weiter voranzutreiben. Nachdem Herzig am 5.8.1942 an ihn mit der besorgten Frage herangetreten war, ob trotz des dilatorischen Führerentscheids die Gründung der BWG vorgenommen werden könne, entschied dieser am 19.8.1942 positiv, da das REM sie am 6.7.1942 bereits im Grundsatz genehmigt habe.²⁴ Womöglich hatte Klagges hier eine riskante Gratwanderung zwischen eigenen Ambitionen und dem Respekt vor Hitler vollzogen. Immerhin konnte er im Zweifelsfalle darauf verweisen, daß die BWG insofern „kriegswichtig“ sei, als sowohl etliche der ins Auge gefaßten Gründungsmitglieder auf Seiten der TH²⁵ wie der LFA Rüstungsforschung betrieben. Insofern ließ sich sogar argumentieren, daß die

²³ So Rust an Herzig am 6.6.1942. In: UABS F001, Nr. 9.

²⁴ Briefwechsel in UABS F001, Nr. 9.

²⁵ Vgl. dazu den Bericht des Rektors zur „Kriegsforschung“ 1943. In: Kertz 1995, S. 466-477, aus dem hervorgeht, daß etliche der dort genannten Kollegen zu den Gründungsmitgliedern gehörten.

behauptete „Kriegswichtigkeit“ von ihm instrumentalisiert wurde, um eine Wissenschaftliche Gesellschaft in der Spätphase des Krieges zu gründen, die sich nach dem Krieg zur Abwehr hannöverscher Ambitionen nutzen ließ.

Am 19.8.1942 erteilte er Herzog via Dürkop den regelrechten Auftrag, den dieser am 3.10.1942 an den Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung und zugleich Geschäftsführer des BHB, Ernst August Roloff, weitergab. Dieser war ehemals Fraktionsvorsitzender der Bürgerlichen Einheitsliste im Braunschweigischen Landtag, die mit der NSDAP 1930-1933 koalitiert hatte. Einerseits war er Klagges verpflichtet, weil er zweimal wegen seiner Kooperation mit den Nazis, erst zum a.o. Professor ernannt und dann zum o. Professor befördert worden war, ohne durch besondere wissenschaftliche Leistungen hervorgetreten zu sein, sich andererseits aber als standesbewußter Hochschullehrer erwiesen hatte, als er sich mit anderen Kollegen seiner Abteilung geweigert hatte, an die BHR zu wechseln, um angehende Volksschullehrer zu unterrichten.²⁶

Da die eigentliche Gründungsphase der BWG von Müller in allen wesentlichen Punkten zutreffend geschildert worden ist, erübrigt sich eine Rekapitulation im Detail. Da zum Zeitpunkt der Beauftragung Roloffs die Zusammenlegung von Clausthal und Braunschweig noch im Raum stand, kontaktierte er zuerst Grothe, der daraufhin am 20.10.1942 ein sechsseitiges Manuskript „Gedanken über eine Wissenschaftliche Gesellschaft“ verfaßte.²⁷ Der Parteigenosse Grothe war ein überzeugter Nazi und kein konservativer Wendehals wie Roloff, und gehörte, vom NS-Propagandisten Rosenberg beeinflußt, zum völkischen Flügel der NSDAP. In dem Manuskript schlug er den Namen „Gesellschaft der Soldaten, Forscher und Gestalter“ mit folgender Zielsetzung vor: Sie „ist eine Gemeinschaft zur Förderung der Künste und Wissenschaften mit der Verpflichtung, über die fachlichen Grenzen hinweg ihre Mitglieder zu gemeinsamer Lösung von solchen Aufgaben anzuhalten und zu befähigen, die der Gesundheit, Schönheit und Kraft des völkischen Lebens und der deutschen Landschaft dienen und im besonderen dazu beitragen, innere Beziehungen zwischen allen Wissenschaften herzustellen. ...Eine weitere Aufgabe der Gesellschaft ist es, Verständnis und Freude an den Künsten und Wissenschaften im Volk zu wecken und zu heben, geeignete Kräfte zu fördern, den Nachwuchs besonders aus der Jugend heraus

²⁶ Details in Menzel 2020, S. 349ff.

²⁷ In UABS, F001, Nr. 9, Zitate ebd.

in Verbindung mit den Institutionen der Partei und des Staates zu begeistern und zu beraten und alle gleichgerichteten Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen.“ Gegliedert werden sollte sie in fünf Abteilungen „Volk und Raum“, „Wehrkraft und Wehrwillen“, „Kultur und Technik“, „Schönheit der Arbeit“ und „Kraft und Stoff“.

Bei Roloff stieß er damit auf Ablehnung, der sich bei der Gliederung an den klassischen Akademien orientieren wollte und zudem bei Grothe ganz praktische Probleme erkannte, wie dessen Abteilungen mit dem Personal beider Hochschulen zu besetzen seien. Nachdem am 14.12.1942 bei einer Besprechung im REM die Gründung der BWG im Grundsatz mit der Konzession gebilligt worden war, daß zumindest einzelne Clausthaler Mitglied werden können und auch eine personelle Ausdehnung in Richtung der Provinz Sachsen möglich sei, da es dort keine Akademie gäbe, entwarf Roloff im Februar 1943, kurz nach der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad am 2.2.1943 (!) eine erste Satzung, die sich an den Satzungen der klassischen Akademien orientierte, nur daß ihr statt des Wahl- das Führerprinzip zugrunde gelegt wurde.²⁸ Dies war nicht nur dem Zeitgeist geschuldet, sondern auch eine Konzession an Mentzel, hatte doch das REM und nicht der Braunschweigische Volksbildungsminister die Satzung zu genehmigen. Die BWG sollte in vier Abteilungen – eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche, eine für Maschinenbau und Elektrotechnik, eine Kulturwissenschaftliche und, im Hinblick auf die vom REM befürwortete Zusammenarbeit mit der LFA, in eine für Flugtechnik gegliedert werden. Letztere war womöglich eine klammheimliche Abwehrmaßnahme gegenüber künftigen usurpatorischen Absichten von Görings Luftfahrttechnischer Akademie nach dem Krieg. Die Hinzufügung der Kulturwissenschaften war Roloff und Klagges²⁹ ein persönliches Anliegen, ging es doch auch um den Status der Kulturwissenschaftlichen Abteilung in der TH bzw. um eine mögliche künftige Konkurrenz gegenüber der Göttinger Akademie, sollte die Absicht Lauterbachers nach dem Krieg umgesetzt werden. Klagges, Herzig und Roloff hatten auch vorausschauend ganze Arbeit geleistet.

Am 8.6.1943 wurde der informell bereits von Mentzel gebilligte Satzungsentwurf den konsternierten Clausthalern unterbreitet, denen nur noch die individuelle Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde. Grothe wurde der Posten des Stellvertretenden Präsidenten angeboten. Drei Tage später äußerte er massive Kritik, weil die Satzung zu

²⁸ Entwurf und alle weiteren satzungsrelevanten Dokumente in UABS F001, Nr. 9.

²⁹ Klagges an Herzig vom 25.7.1941 in UABS F001, Nr. 9.

wenig NS-Geist zeige und seine „Gedanken“ nicht berücksichtigt worden seien. Die Entrüstung gipfelte in dem Satz: „Insofern ist die Gesellschaft mein geistiges Kind.“³⁰ Sein Versuch, die Gründung zu verhindern, blieb folgenlos. Am 28.7.1943 war es soweit. Rust, d.h. Mentzel, genehmigte die Satzung mit Schreiben an Klagges in seiner Eigenschaft als Volksbildungsminister und nicht etwa an Herzig.³¹ In deren § 1 heißt es: „Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft hat die Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit im Braunschweiger Hochschulraum anzuregen und zu fördern. Insbesondere soll sie über die fachlichen Grenzen hinaus die Bearbeitung von Gemeinschaftsaufgaben übernehmen und dazu beitragen, innere Beziehungen zwischen allen Wissens- und Lebensgebieten herzustellen. Die wissenschaftliche Arbeit findet ihren Niederschlag in Vorträgen, Berichten, Veröffentlichungen und sonstigen Veranstaltungen. Auf eine dauernde Wechselwirkung zwischen der Gesellschaft und den kulturellen Kräften des Hochschulraums ist besonderer Wert zu legen. Der Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Braunschweig.“ Die Änderung gegenüber Roloffs Entwurf bestand in der Ersetzung der Abteilung für Luftfahrttechnik durch eine für Raum- und Baugestaltung – entweder doch eine Verbeugung vor Göring, den man nicht verärgern wollte, oder eine Maßnahme für den Wiederaufbau nach dem Krieg. Der ernannte Rektor der TH ist in Personalunion Präsident der BWG und entscheidet alles. Alle Mitglieder, 20 pro Abteilung, werden vom Präsidenten ernannt, der durch ein maßgeblich von Politikern gebildetes Kuratorium kontrolliert wird. Die Finanzierung erfolgt durch den BHB.

Der Anspruch ist ganz eindeutig. Mit der Gründung einer Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, der Name ist nicht von der Stadt, dann hätte es Braunschweiger Wissenschaftliche Gesellschaft heißen müssen, sondern vom Land abgeleitet, reklamiert sie den Anspruch, sich zumindest dem Namen nach auf Augenhöhe mit der Preußischen oder der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu bewegen. Klagges konnte zufrieden sein, war er bei der Aufwertung seines kleinen Landes selbst im Kriege wieder einen Schritt weitergekommen. Auch ein Nachhutgefecht von Lauterbacher vermochte in der Sache nichts mehr zu ändern, als er am 20.9.1943 Grothe und Herzig mitteilte, daß das Erdölinstitut in Hannover gegründet wird und die notwendigen Fachkräfte ggf. von Braunschweig und Clausthal abgezogen würden.

³⁰ UABS F001, Nr. 9.

³¹ Rust an Klagges vom 28.7.1943 in UABS F001, Nr. 9.

Am 24.11.1943 sind dann von dem eigentlich als erstem BWG-Präsidenten designierten Herzig 50, noch nicht nach Abteilungen sortierte, ordentliche Mitglieder ernannt worden. Bis auf vier aus Clausthal (Birckenbach, Grothe, Grumbrecht, Paschke) und fünf aus sonstigen Institutionen rekrutierten sie sich aus dem Land Braunschweig, nämlich der TH, der LFA und diversen kulturwissenschaftlichen Institutionen. Unter den Sonstigen stechen Kurt Tank, Wehrwirtschaftsführer und Direktor von Focke-Wulf Flugzeugbau in Bremen, und Heinrich Hertel, Wehrwirtschaftsführer und Chefkonstrukteur der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke in Dessau hervor. Vielleicht hatte man diesen bereits mit dem Hinweis der Ausdehnung Richtung Osten im Auge gehabt. Wenn man die Namen aus dem geheimen Bericht Herzigs an Klagges vom 4.2.1943 zur „Kriegsforschung“ an seiner Hochschule zuzüglich der an der LFA und anderswo im Flugzeugbau Tätigen mit der Liste der Gründungsmitglieder vergleicht, dann waren 23 bzw. 24, wenn man die Flugmedizin als militärisch relevant wertet, der 50 Gründungsmitglieder in der Rüstungsforschung engagiert – ein starkes Indiz für das eigentliche Leitmotiv der Gründung in der Spätphase des Krieges. Allerdings hatte Herzig womöglich ein doppeltes Spiel gespielt. In seinem Bericht hatte er betont, daß „fast sämtliche Institute mit kriegswichtigen Aufträgen betraut sind“, um mit der Übertreibung womöglich seine Hochschule vor weiteren Einberufungen und Institutsstillegungen zu bewahren und unbeschadet über den Krieg zu retten. So wurde z.B. die „Bearbeitung der galenischen Präparate der Heilpflanzen mit abführender Wirkung“ als kriegswichtig deklariert. Mit der Aufnahme vieler Personen aus dieser Liste in die Liste der Gründungsmitglieder konnte er die BWG-Gründung mit Blick auf den Führerentscheid als kriegswichtig legitimieren, obwohl es eigentlich nur darum ging, eine Vereinnahmung durch Hannover abzuwehren.

Nach der überraschenden Entlassung Herzigs als Rektor Ende November 1943 wurde dessen Nachfolger Fritz Gerstenberg der erste Präsident, Herzig und nicht Grothe Vizepräsident und Ernst Schmidt, Institutsleiter der LFA, Vorsitzender des Senats, Roloff Generalsekretär und dessen Assistent Otto Antrick Geschäftsführer – ein fein austariertes Personaltableau. Sitz der BWG wurde Roloffs Institut in der Geysostr. 7. Das 13köpfige Kuratorium setzte sich weitgehend aus Politikern und Parteivertretern des Landes und der Stadt Braunschweig mit Klagges an der Spitze oder dem NS-Kreisleiter Heilig, aber auch aus Berlinern wie Ritterbusch aus dem REM, Reichsarbeitsminister Seldte und sogar Anton Piech, dem Direktor des Volkswagenwerks, zusammen. Ob es je getagt hat, ist kaum vorstellbar. Die komplette

Liste der Mitglieder und Funktionsträger wurde zusammen mit den drei Ansprachen von Gerstenberg, Herzig und Schmidt auf der feierlichen Eröffnungssitzung im ersten Heft der von Roloff herausgegebenen „Veröffentlichungen und Mitteilungen“ abgedruckt, das am 15. November 1944 anlässlich des Gründungstags erschienen ist.³² Deren Tenor ist nicht ns-typisch, klingt allenfalls bei Herzig latent an. Gerstenberg betont in „Zweck und Ziel der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft“ die technische Orientierung und die Bearbeitung aktueller Fragen das Kriegsgeschehen betreffend – ein Hinweis zu Legitimierung des Gründungsdatums? Regional soll sich die BWG auf den „Hochschulraum“ der TH beziehen. Schmidt geht besonders auf die Kernphysik ein, was sich, wenn man so will, als Orientierung in Richtung der deutschen Atomforschung während des Krieges interpretieren läßt. Der Schluß seiner Rede läßt sich sogar als Provokation gegenüber Klagges deuten, indem er Karl Correns, den Wiederentdecker der mendelschen Gesetze, zitiert: „In der Überzeugung, daß die in der Stille geübte hingebende sachliche Arbeit auch für das Gemeinwohl sich auf Dauer stets wirksamer erweist als klangvolle Beteuerung der Gesinnungstüchtigkeit“.³³ In der Berichterstattung der Bergwerkszeitung über die Veranstaltung wird allerdings die Bedeutung der durch die BWG zu betreibende Grundlagenforschung für die Rüstung besonders hervorgehoben.³⁴

Weitere Aktivitäten bis Kriegsende hat es ausweislich des Korrespondenzordners nicht gegeben³⁵ außer einem Bericht von Roloff an Ritterbusch (REM), daß Arbeitskreise für „kriegswichtige Fragen“ gegründet worden seien, und einem Schreiben an Jesse, daß „kriegswichtige Forschungen z.Z. allein berücksichtigt“ werden.³⁶ Worum es sich dabei gehandelt haben soll, geht aus den Akten nicht hervor. Spätestens nach dem großen Bombenangriff auf Braunschweig am 15.10.1944 dürfte auch dem letzten klar geworden sein, daß der Krieg verloren und das Ende der NS-Herrschaft absehbar ist. Dennoch wird noch Ende Februar 1945 ein zweites Heft der „Veröffentlichungen und Mitteilungen“ angekündigt, das aber nie erschienen ist. Inhalt sollte die

³² Laut Protokoll von Antrick über die Senatssitzung am 11.9.1944 in BWG, Mappe „Schriftstücke aus den 1940er Jahren“.

³³ Ernst Schmidt, Referat auf der Eröffnung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft am 9. Dezember 1943. In: Veröffentlichungen und Mitteilungen 1.1944, S. 9-13.

³⁴ Technik und Forschung. Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft. In: Bergwerks-Zeitung vom 14.12.1943.

³⁵ UABS F001, Nr. 1.

³⁶ Roloff an Ritterbusch vom 15.9.1944; Roloff an Jesse vom 15.8.1944 in: UABS F0001, Nr. 1.

Habilitationsschrift eines Dr. Rudolph sein.³⁷ Dabei handelte es sich vermutlich um Martin Rudolph, Bauingenieur und Archäologe, seit 1939 mit einem Lehrauftrag für „Germanisches Bauwesen“ versehen, zugleich SS-Obersturmführer, zum persönlichen Stab von Himmler gehörend und Abteilungsleiter beim SS-Ahnenerbe. Die angestrebte Professur ist allerdings an der fehlenden Habilitation gescheitert. Der Hinweis ist zumindest ein Indiz, daß bis Kriegsende in der BWG doch ein NS-Geist im völkischen Sinne des Hans Grothe geweht haben könnte.

Kommen wir zum Selbstverständnis der BWG bei ihrer Gründung und damit zum eigentlichen Thema. Die BWG, das ist eindeutig, wurde von Klagges instrumentalisiert zur Aufwertung seines kleinen Landes aus den genannten Gründen. Name, Satzung, Sitz, Präsident und Mitgliedschaft weisen darauf hin, daß es sich um eine das Land Braunschweig repräsentierende Wissenschaftliche Gesellschaft handelte, die nur umständehalber und taktisch motiviert vier prominente Clausthaler zugelassen hatte, um die Option der Verschmelzung der Bergakademie mit der TH nach dem Krieg offen zu halten. Ihr Schwerpunkt sollte auf den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern unter besonderer Berücksichtigung der Luftfahrttechnik liegen, weil hier Braunschweig gegenüber Göttingen und sogar reichsweit ein Alleinstellungsmerkmal reklamieren konnte. Die Anschlußmöglichkeit gegenüber künftigen Vorhaben wie der Gründung einer Reichsakademie und die Abwehr von Ambitionen aus Hannover war so gewahrt. Ob der starke Akzent auf kriegsrelevanter Forschung zu diesem Zeitpunkt noch praktische Relevanz hatte, muß bezweifelt werden. Plausibler ist die taktisch motivierte Akzentuierung, um die Gründung Ende 1943 noch zu legitimieren. Die NS-Orientierung kam vor allem in der personellen Zusammensetzung des Kuratoriums zum Ausdruck. Daß es sich um eine rein männliche Gesellschaft handelte, bedarf keiner besonderen Begründung. Die einzige Frau war die Sekretärin in der Geschäftsstelle.

Der erste Wandel im Selbstverständnis nach Kriegsende 1945

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8.5.1945 waren de facto das Land Preußen und die Preußische Provinz Hannover aufgelöst, auch wenn der

³⁷ Laut Protokoll von Antrick über die Senatssitzung am 11.9.1944 in BWG, Mappe „Schriftstücke aus den 1940er Jahren“.

förmliche Beschluß erst am 25.2.1947 durch den Alliierten Kontrollrat erfolgte. Demgegenüber bestand das Land Braunschweig weiter. An die Stelle von Gauleiter und Oberpräsident Lauterbacher und Ministerpräsident Klagges trat die Militärverwaltung der Britischen Besatzungszone und in der Stadt der britische Town Major als oberste Entscheidungsinstanz. So wie das Land wurde auch die BWG formal nicht aufgelöst, nur das die Schriftstücke nicht mehr mit „Heil Hitler!“, sondern wie im Falle des Geschäftsführers Antrick mit „ergebenst“ unterzeichnet wurden. Der weiter amtierende Generalsekretär Roloff reagierte bereits im Mai 1945 wenige Tage nach Kriegsende mit dem „Entwurf einer Satzung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft“, bestehend aus 14 Paragraphen mit handschriftlichen Korrekturen, Vorbemerkung und Anmerkungen zur Vorlage beim Braunschweigischen Minister für Volksbildung.³⁸ Der war aber nicht mehr der in Internierungshaft befindliche Klagges, sondern der von den Briten im Nebenamt eingesetzte Jurist Erich Bockler, hauptamtlich der neue Oberbürgermeister der Stadt. Also ging Roloff davon aus, daß das Land Braunschweig weiter bestehen und eine neue Landesregierung bekommen würde, die, weil das REM nicht mehr existierte, für die Genehmigung einer neuen Satzung zuständig sein würde.

Der Entwurf der Satzung, dessen § 1 nahezu identisch ist mit dem § 1 der Satzung von 1943, wurde in zwei wesentlichen Punkten geändert. Das Führerprinzip wird durch „Umstellung auf demokratische Prinzipien“, die dem ehemaligen Landtagsabgeordneten sicher noch vertraut waren, ersetzt. Präsident ist zwar weiterhin der Rektor der TH, doch wird dieser nicht mehr ernannt, sondern vom Senat der TH gewählt. Die Sekretäre der Abteilungen werden auf Vorschlag des Präsidenten in der Plenarversammlung gewählt. Das Kuratorium ist de facto aufgelöst, da 8-10 seiner Mitglieder „amtlichen Stellen“, so Roloff, angehörten, also als ns-belastet aus ihren beruflichen Verwendungen entlassen und verhaftet worden waren bzw. bei Kriegsende Selbstmord begangen hatten. Auch diverse ordentliche und außerordentliche Mitglieder, so Roloff weiter, werden ausscheiden müssen, weil sie als belastet gelten.

Exkurs: Die personelle Entnazifizierung bzw. „Rehabilitierung“ der BWG 1945-1950

³⁸ UABS F001, Nr. 9.

Ein besonderer Glücksmoment im Forscherleben ist die unverhoffte Entdeckung eines Aktenstücks, das einen bereits bekannten Befund, der durch eine andere Quelle belegt ist, bestätigt, ist damit doch ein ehernes methodisches Gebot der Historikergunft erfüllt, daß ein Forschungsergebnis nur dann als wahr anzusehen ist, wenn es durch zwei unabhängig voneinander entstandene Quellen belegt wird. Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine undatierte Liste mit der Überschrift „Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft. Mitglieder“³⁹, die aufgrund des Aktenkontexts entweder von Generalsekretär Roloff, wie in seiner Vorbemerkung zur neuen Satzung bereits angedeutet, oder Geschäftsführer Antrick kurz nach dem 1.7.1945 verfaßt wurde, weil in ihr u.a. Gustav Gassner als Mitglied der Naturwissenschaftlichen Abteilung und Otto Schmitz als Sekretär der Technischen Abteilung geführt werden. Gassner wurde nämlich am 1.7.1945 von der Britischen Besatzungsmacht anstelle des tags zuvor zurückgetretenen Gerstenberg zum Rektor der TH Braunschweig ernannt. Damit war er automatisch aufgrund der noch gültigen ersten Satzung von 1943 neuer Präsident der BWG.

Wenn man also die Liste der 50 Gründungsmitglieder von 1943 mit der in der Mappe „Schriftstücke aus den 1940er Jahren“ gefundenen Liste von 1945 vergleicht, erfährt man, wer kurz nach Kriegsende als belastet ausgesondert wurde zu einem Zeitpunkt, als die Entnazifizierungsverfahren noch gar nicht begonnen hatten und deren Ergebnisse noch gar nicht absehbar waren. Der Vorgang verlangte ein gründliches Insiderwissen, das nur jemand haben konnte, der in den Vorgang der Ernennung eingebunden und der mit der Ernennung verbundenen Absicht vertraut war. Auch diese Überlegung spricht für Roloff. Man erfährt aus der Liste aber auch, wer neu aufgenommen wurde, weil zu diesem Zeitpunkt die „demokratisierte“ Satzung noch gar nicht in Kraft war. Wenn man ferner die Mitgliederlisten von 1949 und 1950, die offiziell in den Abhandlungen veröffentlicht wurden, mit den Listen von 1943 und 1945 vergleicht, erfährt man nicht nur, wer seitdem im Zuge eines Wahlverfahrens neu berufen, sondern auch, wer nach zwischenzeitlicher Streichung wieder aufgenommen wurde, weil der Betreffende sein Entnazifizierungsverfahren im ersten Durchgang oder nach Revision im zweiten Durchgang erfolgreich passiert hat, demzufolge seine alte berufliche Verwendung wieder aufnehmen konnte und laut BWG-Beschluß vom

³⁹ In Mappe „Schriftstücke aus den 1940er Jahren“, die verstaubt im Keller des BWG-Hauses aufgefunden wurde.

März 1949 dessen „ruhende Mitgliedschaft“ wieder in eine regelrechte verwandelt wurde. Demnach muß die dritte Liste nach dem März 1949 entstanden sein.

Die zweite, davon unabhängige, Quelle ist eine von Erich Schmidt, 1945 Vorsitzender des Senats der BWG, im Jahre 1967 zusammengestellte Liste „BWG-Gründungsmitglieder, die noch nicht in der Liste enthalten sind“⁴⁰ Schmidt dürfte über ein ähnliches Insiderwissen wie Roloff verfügt haben. Gemeint waren solche, die damals als belastet aussortiert und **nicht** wieder als Mitglieder aufgenommen wurden. Diese Liste hatte Schmidt für den damaligen BWG-Präsidenten Blenk erstellt als Vorbereitung eines für 1968 geplanten Festakts zum 25jährigen Jubiläum, um sich gegen mögliche Vorwürfe bezüglich des Gründungsdatums zu wappnen. Diese Schmidt-Liste ist seit 1996 bekannt, da sie von Müller entdeckt und für die zitierte Aufarbeitung der BWG-Gründung verwendet worden war.

Es gibt sogar noch eine dritte Quelle. Zu dem eingangs beschriebenen Aktenfund gehört nämlich ein Exemplar der „Veröffentlichungen und Mitteilungen“ von 1944 mit der Mitgliederliste von 1943, aus der jemand handschriftlich 16 der ordentlichen und 6 der a.o. Mitglieder gestrichen und manche mit Fragezeichen versehen hat. Die Liste der Streichungen entspricht fast genau der Liste von Schmidt, was wieder auf Insiderwissen hindeutet. In Frage kommen wieder Roloff oder Antrick.

Die Zusammenstellung der genannten Namenslisten der ordentlichen Mitglieder findet sich hier im Anhang und ist die Basis der nachfolgenden Berechnung. Demnach sind am 24.11.1943 noch von Rektor und eigentlich designiertem ersten BWG-Präsidenten Herzig 50 ordentliche Mitglieder ernannt worden, die in dem von Roloff herausgegebenen Heft 1 der Veröffentlichungen und Mitteilungen abgedruckt sind. Die zweite Liste vom Sommer 1945 umfaßt nur noch 38 Namen, weil aus der 1943er Liste 22 fehlen und 8 neu hinzugekommen sind. Die rechnerische Diskrepanz von 2 resultiert daraus, daß am 2.2.1945 der Gerichschemiker Paul Nehring als Folge eines Bombenangriffs und am 28.6.1945 der Werkstoffkundler Gottfried Kritzler aufgrund einer fehlerhaften Operation gestorben sind und beide folglich in der 1945er Liste nicht mehr berücksichtigt wurden unabhängig von der Frage, ob sie als belastet gestrichen worden wären. Zumindest Kritzler wird in dem Täter-Band von Weißelhöft geführt.

⁴⁰ In: UABS F001, Nr. 9.

Unter den 9 neu aufgenommenen ordentlichen Mitgliedern finden sich prominente Opfer des Nationalsozialismus wie Gassner, der Biologe Gerhard von Frankenberg, und der Schweißtechniker Otto Schmitz, unter den außerordentlichen der Soziologe Theodor Geiger.

Also hat man in doppelter Weise die BWG-Mitgliedschaft den neuen Verhältnissen angepaßt. Belastete wurden sogar im Vorgriff auf ihre Entnazifizierungsverfahren gestrichen bzw., wie es später hieß, zu „ruhenden“ Mitgliedern, prominente Opfer wurden kurzerhand aufgenommen. Die Frage, wer das veranlaßt hat, läßt sich nur spekulativ beantworten. Das Wahlprozedere gab es noch nicht, Gerstenberg war nicht mehr im Amt und Gassner, der selber neu auf die Liste gekommen ist, wird kaum die Zeit und schon gar nicht über das notwendige Insiderwissen verfügt haben. Es spricht deshalb alles dafür, daß der weiter amtierende Senatsvorsitzende Schmidt im Verbund mit dem weiter amtierenden Generalsekretär Roloff die Akteure waren. Für Schmidt spricht auch, daß er sich 1967 so gut erinnern bzw. auf eigene Aufzeichnungen zurückgreifen konnte.

Vergleicht man nun die Listen von 1943 und 1945 mit denen von 1949 und 1950, beide nach dem Beschluß bezüglich der „ruhenden“ Mitgliedschaft veröffentlicht, erkennt man, daß die Gesamtzahl der Mitglieder auf 53 bzw. 59 gestiegen ist, aber nicht nur aufgrund von Neuberufungen, sondern auch aufgrund der Wiederbelebung der „ruhenden“ Mitgliedschaft. 1949 handelte es sich bei letzterem um 6 und 1950 um weitere 3 Personen. Demnach wurden von den 22 ursprünglich gestrichenen 9 wieder aufgenommen. Prominente Fälle waren Erwin Marx und Leo Pungs. Und – jetzt kommt es: Die Liste von Schmidt aus dem Jahre 1967 umfaßt 16 Namen. Wenn man von den 22 im Jahre 1945 gestrichenen die 9 wiederaufgenommenen abzieht zuzüglich der 2 Austritte von Roloff und Iglisch und des am 2.2.1945 gestorbenen Nehring, kommt man exakt auf 16 Namen, auch wenn es keine völlige Deckungsgleichheit zwischen der hier berechneten und der von Schmidt erinnerten Liste gibt. Eindeutig ist die Übereinstimmung in den Fällen Friese, Grothe, Hertel, Herzig, Iglisch, Kritzer, Lepsius, Nehring, Paschke, Stegemann, Tank und Wittig, wobei Kritzer und Nehring zum Zeitpunkt der 1945er Liste schon tot waren.

Demnach, das ist der eigentliche politisch zu bewertende und durch zwei Quellen belegte Befund der Rechenoperation: Knapp die Hälfte (22 von 50) der Gründungsmitglieder wurde im Sommer 1945 noch vor Beginn der Entnazifizierungsverfahren von

BWG-Insidern als belastet gestrichen; fast ein Viertel (9 von 22) wurde später wieder aufgenommen und elf wurden dauerhaft ausgeschlossen. Unter letzteren der wegen seiner Aktivitäten im KZ-Außenlager Schandelah von der Besatzungsmacht zum Tode verurteilte Solms Wittig, später zu 20 Jahren Haft begnadigt, und die Rektoren Grothe und Herzig, die in der Gründungsphase der BWG besonders aktiv waren. Die 28 Gründungsmitglieder, die die Säuberungsaktion überstanden haben, waren mit Sicherheit keine verkappten Widerstandskämpfer, sondern Mitläufer wie Gerstenberg als Präsident, Schmidt als Vorsitzender des Senats und Roloff als Generalsekretär in den verantwortlichen Positionen. Immerhin ist die Verteilung zwischen Ausgeschiedenen und Gebliebenen ein Indiz auf eine Spaltung der frühen BWG in einen radikalen und einen vergleichsweise gemäßigten Flügel. Dennoch – auf Basis der analysierten Daten kann keine Rede davon sein, daß die Gründung ein unpolitischer, rein wissenschaftlicher und womöglich sogar oppositioneller Akt war, wie später bei diversen Gelegenheiten immer wieder behauptet wurde.

Am 7.6.1945 fand die erste Nachkriegssenatssitzung in der Wohnung des Senatsvorsitzenden Schmidt statt, auf der Roloffs Entwurf abgeseget wurde.⁴¹ Im Grunde war dies de facto die Entnazifizierung der BWG als Institution. Nachdem Gerstenberg am 30.6.1945 vom Amt des Rektors und damit indirekt des BWG-Präsidenten zurückgetreten war und der am folgenden von der britischen Militärverwaltung eingesetzte erste Nachkriegs-Rektor Gassner keine Zeit für die BWG erübrigen konnte, waren Roloff und Schmidt de facto deren Leiter der in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Am 12.2.1946 fand die erste Sitzung des Braunschweigischen Landtags in der Aula der Kant-Hochschule (ehemals BHR, heute Haus der Wissenschaft) statt, weil das Landtagsgebäude am Eiermarkt zerstört war. Die Abgeordneten waren nach einem Parteienproporz von der Besatzungsmacht ernannt worden. Da im Verlauf des Jahres sogar eine provisorische Braunschweigische Landesverfassung beraten und verabschiedet worden war⁴², konnte die BWG-Verantwortlichen davon ausgehen, daß das Land Braunschweig bestehen bleibt. Tatsächlich genehmigte die neue Satzung aber nicht das Volksbildungsministerium, sondern die Besatzungsmacht am 18.3.1946. Diese zweite Satzung taucht in der offiziellen Zählung der BWG bis heute nicht auf!

⁴¹ BWG, Ordner 1942-1958 Sitzungen und allgemein.

⁴² Klaus Erich Pollmann, Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946. Braunschweig 1999.

Nach Genehmigung der Fortführung am 26.3.1946 konnte am 21.6.1946 die erste feierliche Sitzung zur Wiedereröffnung im Salve Hospes unter Teilnahme von geladenen britischen Besatzungsoffizieren stattfinden. Roloff hielt die Ansprache „Aufbau und Aufgaben der BWG“. Der Text ist nicht überliefert, dürfte sich aber an seinem Satzungsentwurf nebst Vorwort und Anmerkungen orientiert haben. Damit läßt sich ein erster Wandel im Selbstverständnis der BWG konstatieren. Wir sind keine dem Führerprinzip verpflichtete, sondern eine an demokratischen Prinzipien orientierte Gesellschaft. Da die tatsächliche oder nur taktisch gemeinte Legitimierung von 1943, kriegswichtige Vorhaben zu fördern, entfallen war, bedurfte es einer neuen Legitimierung, die durch einige von Roloff in der Vorbemerkung zu seiner zweiten Satzung genannte Arbeitskreise zum Ausdruck kommt. Dazu gehörten der „Wiederaufbau zerstörter Städte, mit Sonderauftrag: Untersuchungen über das unverbrennbare Dach“ (Architekt Petersen) und die „Möglichkeit der Wiederherstellung zerstörter baulicher und künstlerischer Kulturwerte“, für den Roloff sich selber als Leiter vorsah. Diese naheliegende Akzentuierung wurde allerdings später so umgedeutet, daß sie bereits 1943 Pate gestanden habe. Die Herausgabe einer kritischen Gesamtausgabe der Werke Wilhelm Raabes wurde dem Germanisten Pongs in Göttingen zugedacht. Diesen Arbeitskreis sollte Roloff nicht viel später selber übernehmen.

Daß der eigentliche Organisator der Gründung und Wiedergründung Roloff kurze Zeit später unter skandalösen Umständen aus der BWG austrat, weil er kurzzeitig von seiner Professur an der TH entbunden wurde wegen der Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig 1932 und des letzten Kapitels seines Buches „Tausendjähriges Braunschweig“ von 1938⁴³ und er diese zwischenzeitliche „Freistellung“ finanziell mit Mitteln in Höhe von 50.000 RM überbrücken wollte, die ihm zuvor von der BWG zur Edition der Raabe-Ausgabe zur Verfügung gestellt worden waren, für die er aber keinen Verwendungsnachweis erbringen konnte, sei nur am Rande bemerkt. Seit dem 2.12.1946 wurde die Aufgabe des Generalsekretärs deshalb vom neuen Senatsvorsitzenden Schmitz wahrgenommen. Der Vorgang ist insofern bemerkenswert, als Rektor Schmitz sich 1932 vehement gegen die Berufung Hitlers auf eine Professur an der TH gewandt hatte, um ihn auf diesem Weg zu verbeamten. Deshalb hatte Klagges ein Disziplinarverfahren gegen Schmitz eröffnet, um ihn aus dem Dienst zu entlassen. Schmitz war insofern das erste Opfer des Nationalsozia-

⁴³ Details bei Wesselhöft 2012, S. 333ff.

lismus an der TH noch vor 1933.⁴⁴ Für unsere Fragestellung ist die Affäre Roloff, gegen den die BWG sogar erfolgreich einen Prozeß wegen der unterschlagenen Gelder führte, insofern relevant, weil mit seinem Ausscheiden der Einfluß der Geisteswissenschaften geringer wurde, wie sich wenige Jahre später erweisen sollte.

Von großer Bedeutung für das Selbstverständnis sollte die Auflösung des Braunschweigischen Landtags und das Ende der staatlichen Selbständigkeit am 21.11.1946 sein. Aus der ehemaligen preußischen Provinz Hannover wurde zusammen mit den Ländern Oldenburg, Braunschweig und dem noch kleineren Schaumburg-Lippe das Land Niedersachsen mit Hannover als Landeshauptstadt gebildet. Damit hätte eigentlich eine Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft, wenn man den Namen ernst nimmt, ihre Existenzberechtigung verloren haben müssen, ganz so wie die Auflösung des Landes Preußen auch die Preußische Akademie der Wissenschaften betraf. Letztere war bereits am 20.12.1945 in „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ unter dem Vier Mächte-Statut umbenannt worden und 1946 durch die sowjetische Militäradministration wieder eröffnet worden, befand sich ihr Sitz doch im Sowjetischen Sektor der Stadt. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften heißt sie erst seit der Wiedervereinigung. Analog hätte die BWG in Niedersächsische Wissenschaftliche Gesellschaft umbenannt werden müssen, wenn es nicht die Göttinger Akademie gegeben hätte, für deren Namen die Gründung des Landes Niedersachsen keine Relevanz hatte. Damit setzte sich die leidige Konkurrenz zwischen Hannover und Braunschweig auch via Göttingen fort. Hier liegt womöglich eine Erklärung für die paradoxe Situation, daß die BWG einen Namen behielt, der sich auf ein Land bezog, das es nicht mehr gab. Deshalb sollte sich die Änderung des Selbstverständnisses bezüglich des regionalen Bezugs noch über viele Jahre hinziehen.

Ein nicht ganz unerheblicher Aspekt, wenn man so will ein neuer Kontext, der bis 1945 kaum eine Rolle gespielt hatte, war der Umstand, daß Braunschweig nach dem Krieg zu einem wichtigen Standort außeruniversitärer Forschung avancierte. Dazu gehörte die Nachnutzung des Geländes der LFA durch die PTB (vormals PTR in Berlin) und der FAL und die Fortsetzung der LFA als DLR am Flughafen in Waggum sowie als Folge des Ost-West-Konflikts die Verlagerung vieler ehemaliger Institute der

⁴⁴ Vgl. dazu Michael Wettern/Daniel Weßelhöft, Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945. Hildesheim 2010, S.189-191.

Kaiser Wilhelm-Gesellschaft aus Berlin und dessen Umgebung als Max Planck-Institute in die Braunschweiger Region. Diese außerordentliche Häufung brachte Braunschweig später sogar den Titel „Stadt der Wissenschaft“ ein und lieferte ein durchaus rationales Argument, die BWG in eine Akademie der Ingenieurwissenschaften als Dachverband von Hochschule und Bundesforschungsanstalten zu verwandeln.

Der zweite Wandel im Selbstverständnis im Verlauf der 1950er Jahre

Das Jahr 1949 war das erste Nachkriegsjahr, in dem die BWG wieder Tritt faßte und anfangs, eine akademische Tätigkeit zu entfalten. Dazu gehörte die Plenarversammlung am 7.1.1949 mit der Wahl und nicht mehr Ernennung der Klassensekretäre fast vier Jahre nach Verabschiedung der neuen Satzung. So lange hatten die alten, noch nach der 1943er Satzung ernannten, weiter amtiert. Also auch in dieser Hinsicht keine Stunde Null. Dazu gehörte ferner das Erscheinen des ersten Bandes der „Abhandlungen“, hrsg. von Generalsekretär und Physiker Eduard Justi, nachdem die Britische Militärregierung das Erscheinen genehmigt hatte. Verblüffend ist allerdings, daß der Band weder mit einem auf den Neustart hinweisenden Vorwort des Präsidenten und Chemikers Inhoffen noch mit einer Einleitung über die Zielsetzung der „Abhandlungen“ des Herausgebers Justi beginnt, sondern direkt auf S. 1 mit dem Beitrag des Zoologen Caesar R. Boettger „Über das Auftreten einer erblichen Schalenabweichung bei einer Posthornschncke“. Genauso unkommentiert gibt es am Ende des Bandes ein Verzeichnis der Organe und Mitglieder. Genauso unkommentiert wird die Roloff-Satzung von 1945 abgedruckt. Zum Neustart gehörte schließlich die Verleihung der Gauß-Medaille, die erstmals 1950 erfolgte.

Diesen positiven Entwicklungen steht allerdings der bereits erwähnte Beschluß vom März 1949 gegenüber, daß die „ruhenden Mitglieder“ wieder aufgenommen werden, wenn sie in ihre hauptamtliche Tätigkeit zurückgekehrt sind. Das war de facto die indirekte Entnazifizierung belasteter BWG-Mitglieder, wie sie in den Fällen des Philosophen Karl Gronau und des Hochspannungstechnikers Erwin Marx vollzogen wurde. Gronau war in seinem Entnazifizierungsverfahren erst in Kategorie III (Minderbelastete) eingestuft und im Dezember 1948 in Kategorie V (Unbelastete) zurückgestuft

worden, Marx war wie Gronau erst in Kategorie III mit Lehrverbot und nach Revision 1948 in Kategorie IV ohne Auflagen eingestuft worden.⁴⁵

Kommen wir zu einem weiteren neuen und für das Selbstverständnis der BWG hochrelevanten Kontext. In besagten Jahr 1949 hatten nämlich die Akademien aus Göttingen, München und Heidelberg eine „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Akademien der Wissenschaften“ gegründet. Dies mag der Anlaß gewesen sein, daß im Jahre 1950 zwei Initiativen gestartet wurden, die BWG von einer Gesellschaft zu einer Akademie aufzuwerten. Der rührige Justi war nämlich am 10.7.1950 an den Physikerkollegen und Präsidenten der Bayerischen Akademie, Walther Meissner, ratsuchend herangetreten, ob und wie die BWG in den Kreis der Akademien aufgenommen werden könne, obwohl die Geisteswissenschaften, in den klassischen Akademien das zweite Standbein neben den Naturwissenschaften, in der BWG nur schwach vertreten seien.⁴⁶ Zwischen den Zeilen kommt in dem Schreiben ein latentes Minderwertigkeitsgefühl der Technik- gegenüber den Geisteswissenschaften zum Ausdruck.

Parallel zu Justi, ob abgestimmt oder nicht, hatte sich der BWG-Präsident und Fahrzeugtechniker Paul Koeßler an den Präsidenten der 1949 gegründeten Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Karl Willi Wagner, gewandt zwecks Umwandlung der BWG in eine Akademie. Ein Physiker wendet sich an einen Physiker einer altherwürdigen Akademie, ein Ingenieur an einen Ingenieur einer akademischen Neugründung. Hinter der zweiten Initiative stand eine ganz andere Idee. Das, was bei Justi als Defizit, nämlich die schwache Vertretung der Geisteswissenschaften gegenüber den Technikwissenschaften, erscheint, sollte bei Koeßler als positive Besonderheit wirken, die sich kapitalisieren ließ, um auf diesem Weg die Gleichrangigkeit mit den alten Akademien zu erreichen. Die postwendende Antwort war Wagners „Denkschrift, betreffend eine deutsche Akademie der Ingenieurwissenschaften“⁴⁷, die mit dem Argument begründet wurde, daß die alten Akademien sich nur den Geistes- und Naturwissenschaften widmen, sich hier also eine akademische Lücke aufgetan habe. Diese hatten die Gründung bzw. Namensgebung der Technischen Hochschulen im engeren Sinne im letzten Viertel des 19. Jhs. offenbar nicht zur Kenntnis genommen – vielleicht auch in dem arroganten Bewußtsein, daß eine Technische Hochschule sich rangmäßig unterhalb einer Universität bewegt. Genau mit diesem

⁴⁵ Details zu Gronau und Marx bei Weßelhöft 2012, S. 238ff und 317ff.

⁴⁶ Justi an Meissner in UABS F 001, Nr. 8.

⁴⁷ In UABS F 001, Nr. 8.

Argument hatte Klagges seinerzeit operiert, um seiner TH die akademische Autonomie zu bestreiten. Eine Akademie der Ingenieurwissenschaften solle sich laut Wagner in neun Abteilungen entlang der technischen Disziplinen gliedern: Technische Grund- und Grenzwissenschaften; Technische Mechanik, Maschinenbau, Wärmetechnik; Elektrotechnik; Bergbau- und Hüttentechnik; Eisenbahnwesen und Verkehrstechnik; Bautechnik; Technische Chemie und Stoffkunde; Landwirtschaftliche Technik; Biotechnik, Gesundheitswesen. Als 10. Abteilung schlug er sogar eine für Betriebs-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor, die ansonsten notgedrungen unter die Geisteswissenschaften subsumiert werden, obwohl sie als empirische Wissenschaften ein eigenes Wissenschaftsverständnis haben. Als jährlichen Finanzbedarf veranschlagte Wagner 300.000,- DM, die von den einschlägigen Bundesministerien aufzubringen seien. Als Standort, jetzt kommt der eigentliche Knüller, eigne sich Braunschweig ganz besonders, weil zwei Technische Hochschulen in unmittelbarer Nachbarschaft gelegen seien – und, so könnte man hinzufügen, so viele Bundesforschungsanstalten dort angesiedelt wurden.

Justi stimmte Wagner grundsätzlich zu,⁴⁸ sah allerdings finanzielle Probleme für eine bundesweite Akademie und die Gefahr der „weiteren gegenseitigen Abkapselung“. Damit standen sich zwei gegensätzliche Strategien zur Aufwertung der BWG gegenüber. Justi wollte die Aufnahme in den Kreis der klassischen Akademien, was die Stärkung der Geisteswissenschaften voraussetzte, unter Beibehaltung des regionalen Bezugs, Koeßler, gestützt auf Wagner, die Verwandlung der BWG in eine Akademie der Ingenieurwissenschaften, was die Vernachlässigung der Geisteswissenschaften, dafür aber die regionale Ausweitung in Richtung Hannover und Clausthal, perspektivisch sogar bundesweit, verlangt hätte. Damit war ein „Klassenkonflikt“ innerhalb der BWG vorprogrammiert, der latent womöglich von Anfang an bestanden hat, von Roloff aber eingeehgt worden war. Eine radikale Weichenstellung bezüglich des Selbstverständnisses der BWG kündigte sich an.

Der Konflikt zwischen Justi und Koeßler schwelte weiter und offenbarte sich in zwei Senatssitzungen am 22. und 29.1.1951.⁴⁹ Die durch die Roloff-Affäre geschwächte Kulturwissenschaftliche Abteilung sollte einerseits durch die Berufung des Historikers Georg Schnath und des Kunsthistorikers Hermann Deckert gestärkt werden,

⁴⁸ UABS F001, Nr. 8.

⁴⁹ BWG, Ordner 1942 – 1958 Sitzungen und allgemein.

andererseits wurde die Berufung des Germanisten Karl Hoppe, der als Nachfolger Roloffs für die Edition der Raabe-Ausgabe bestellt worden war, mit dessen mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation in Frage gestellt. Ferner, das ist der eigentliche Widerspruch, wurde über eine Satzungsänderung beraten. Diese war auf Wunsch von Rektor Gassner in Gang gekommen, der wegen seiner Arbeitsüberlastung darum gebeten hatte, von der BWG-Präsidentschaft entbunden zu werden. Der Entkopplung der Ämter von Rektor und Präsident wäre satzungsgemäß leicht zu entsprechen gewesen. Die Satzungsänderungskommission, bestehend aus Koeßler, Schmidt, Justi, Wilhelm Jesse (Sekretär der Kulturwissenschaftlichen Abteilung) und Antrick, legte dem Senat allerdings am 6.7.1951 eine Satzung mit einer gravierenden Änderung vor, die am 11.7.1951 im Plenum beschlossen wurde. Die Kulturwissenschaftliche Abteilung wird aufgelöst. Stattdessen werden die Bauwissenschaften aus den Ingenieurwissenschaften herausgelöst und zu einer eigenen Klasse aufgewertet. Die Linie Koeßler hatte sich in der Satzungskommission gegenüber der Linie Justi durchgesetzt. Die Geisteswissenschaftler hatten seitdem den Status von „klassenlosen“ Mitgliedern, die nicht mehr durch einen Sekretär, sondern einen Obmann vertreten wurden. Dazu in offensichtlichem Widerspruch stand die gleichzeitige Aufnahme der Hannoveraner Geisteswissenschaftler Schnath und Deckert, obwohl es doch im Sinne der Denkschrift Wagners an der Zeit gewesen wäre, Ingenieure aus Hannover zu berufen.

Der Kompromiß zwischen Justi und Koeßler bestand offenbar in der Formulierung des § 1: „Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft ist eine Vereinigung von Gelehrten, deren gemeinsame Arbeitsgrundlage die Ehrfurcht vor dem Leben und der Würde des Menschen ist. Ihre Aufgabe ist es, in eigener Arbeit und im Zusammenwirken mit anderen Gelehrten-Gesellschaften der Wissenschaft zu dienen, indem sie die Natur erforscht und zum Wohle der Menschheit nutzbar macht, wobei sie die Beziehungen zu den Geisteswissenschaften besonders pflegt.“ Auch hier ist der Subtext zwischen den Zeilen relevant. Im Vergleich zu § 1 der Satzungen von 1943 und 1945 fehlen der regionale Bezug zum „Braunschweiger Hochschulraum“ und der Satz „Der Sitz der Gesellschaft ist Braunschweig“. Der Hinweis auf die Würde des Menschen war eine Verbeugung vor dem Grundgesetz und ein weiterer Schritt Richtung Entnazifizierung, während die Betonung der Pflege zu den Geisteswissenschaften paradox klingt, wenn man gleichzeitig deren Klasse aufgelöst hat. Genehmigt durch das Ministerium wurde die Satzung erst 1953 und firmiert seitdem

offiziell als zweite Satzung der BWG, obwohl es eigentlich die dritte, wenn nicht gar die vierte war. Während die Satzung im Ministerium noch der Genehmigung harrete, arbeitete man bereits an dem leidigen Problem mangelnder Präsenz auf den Wahlsitzungen. Die hohe Hürde des Quorums der Anwesenheit von zwei Dritteln der ordentlichen Mitglieder, um beschlußfähig zu sein, sollte durch die Möglichkeit der Stimmübertragung überwunden werden. Eigentlich war das eine weitere Satzungsänderung, die als Änderung der Wahlordnung kaschiert wurde, um nicht erneut das Ministerium mit einer Änderung zu konfrontieren, bevor es die letzte genehmigt hatte.⁵⁰

Halten wir fest. Die BWG hat in den Jahren 1950/51 einen gravierenden, wenn auch nicht widerspruchsfreien, Wandel ihres Selbstverständnisses vollzogen. Um vom Kreis der etablierten Akademien als gleichrangig akzeptiert zu werden, wurde nicht der Weg über die Stärkung der Geisteswissenschaften eingeschlagen, was an einer Technischen Hochschule damals wie heute ein strukturelles Problem darstellt, sondern der entgegengesetzte Weg der Herabstufung der Geisteswissenschaften, um das Alleinstellungsmerkmal der Technikwissenschaften zu kapitalisieren und so als Akademie der Ingenieurwissenschaften akzeptiert zu werden. Dieser Weg setzte allerdings die Öffnung für Mitglieder aus Hannover und Clausthal, perspektivisch sogar aller Technischen Hochschulen bundesweit voraus, was wiederum das nach 1945 ungebrochene braunschweigische Selbstverständnis tangierte – ein echtes Dilemma. Was wog mehr? Bundesweite Akademie der Technikwissenschaften mit Sitz in Braunschweig oder Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft?

Die Öffnung über die Grenzen des Braunschweiger Landes

Die im Lichte der 1953er Satzung naheliegende Strategie, zügig den Kreis der Mitglieder auf Clausthal und Hannover zu erweitern, war keineswegs unbestritten. Anlässlich der geplanten Berufung von Otto Flachsbarth (Eisenbahnwesen) aus Hannover verfaßte ausgerechnet ein Ingenieur, nämlich Carl Pfeleiderer (Strömungsmaschinen), am 29.12.1952 ein ausführliches Memorandum, in dem er sich gegen die Nominierung eines Vizepräsidenten aus Hannover als Nachfolger von Schmidt wandte und vor einer Ausweitung der BWG auf den Raum Hannover warnte. Pfeleiderer soll hier ausführlich zitiert werden, da es sich nicht um die Äußerung eines Amtsträgers,

⁵⁰ Antrick an Jesse vom 12.11.1951 in BWG, Ordner 1942-1958 Sitzungen und allgemein.

sondern eines einfachen Mitglieds handelte, dessen Meinung womöglich von vielen Mitgliedern, die nicht in den Akten auftauchen, geteilt wurde. „Für Braunschweig ist die Verfolgung einer solchen Aufgabe (gemeint ist die BWG) eine Notwendigkeit wegen der Nähe von Hannover und der von diesem politischen Zentrum ausgehenden natürlichen Sogwirkung. Dies zeigt recht deutlich die Entstehungsgeschichte der BWG.“ Und weiter „Dieser Zustand wurde zur Gefahr, als im Dritten Reich Braunschweig und Hannover einen gemeinsamen Gauleiter erhielten, der in Hannover residierte.“ Nach einer Rekapitulation der Argumente, daß die BWG als Abwehrmaßnahme gegen die Leibniz-Gesellschaft gegründet worden sei, heißt es weiter: „Man sieht also: Die BWG ist nur als ein Schutz der geistigen Belange des Braunschweiger Raums entstanden.“ Der Raum Braunschweig bilde wegen der zahlreichen Bundesforschungsanstalten eine ausreichende Grundlage für eine ingenieurwissenschaftliche Ausrichtung⁵¹, bedürfe, so der Subtext, nicht der Stärkung durch Hannover. Damit wurde der Strategie der ingenieurwissenschaftlichen Ausrichtung eine fast schon konträre Wendung bezüglich der Konsequenzen gegeben – nämlich nicht pro sondern contra Hannover. Klagges hätte die Argumentation sicher vollumfänglich unterstützt.

Daß die Ausweitung Richtung Hannover dennoch nicht mehr aufzuhalten war, Flachsbarth wurde 1954 tatsächlich Vizepräsident, war einem ganz anderen Umstand geschuldet, der uns wieder in den Kontext der Gründungsgeschichte führt. Am 20.1.1953 diskutierte der Senat die neuerliche Initiative zur Gründung einer Leibniz-Gesellschaft in Hannover, die wieder oder immer noch als eine Konkurrenz zur BWG wahrgenommen wurde, dürften viele Akteure auf beiden Seiten auch schon bei der ersten Initiative damit befaßt gewesen sein. Deshalb sollte eine „eingeschränkte“ Mitgliedschaft aus Hannover angestrebt werden, um einer künftigen Leibniz-Gesellschaft bereits im Vorfeld das Wasser abzugraben – ein wahrhaft dialektisches Argument. Pfeleiderer wollte die Hannoveraner heraus- oder zumindest von den Leitungspositionen fernhalten, der Senat wollte Hannoveraner aufnehmen, um die Leibniz-Gesellschaft zu schwächen! Tatsächlich gegründet wurde diese erst 1966 mit der bloßen Zielsetzung der Pflege des Erbes von Leibniz und nicht mehr den usurpatorischen Ambitionen Lauterbachers.

⁵¹ Alle Zitate in UABS F001 Nr. 9; BWG, Ordner 1942-1958 Sitzungen und allgemein.

Daß die Orientierung der BWG in Richtung Akademie der Ingenieurwissenschaften nicht nur Ausfluß einer internen Kontroverse war, offenbarte sich erst im Laufe des Jahres. Als die neue vom Ministerium gebilligte Satzung am 1.7.1954 in der Plenarversammlung vorgestellt wurde, protestierte der überraschte und offenbar nicht eingeweihte Sekretär der Geisteswissenschaften, der Historiker und Direktor des Städtischen Museums, Jesse gegenüber Justi und drohte mit seinem Austritt. Da Jesse der Satzungskommission von 1951 angehört hatte, ist sein Protest ein Indiz, daß die Streichung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung erst im weiteren Verlauf der Überarbeitung vorgenommen wurde. Justi versuchte zu beschwichtigen mit dem Argument, die Auflösung der Kulturwissenschaftlichen Klasse sei auf Druck des Ministeriums erfolgt.⁵² Wenn die BWG zur Akademie aufgewertet werden wolle, dann müsse eine fachliche Abgrenzung zur Göttinger Akademie erfolgen, um zu begründen, warum das Land zwei Akademien zu finanzieren habe. Deshalb sei der eigentliche Satzungsentwurf in der Staatskanzlei gemacht worden, was die lange Zeitspanne zwischen BWG-Verabschiedung und Genehmigung durch das Ministerium erkläre. Der Begriff „Ingenieurwissenschaftsakademie“ komme aber an keiner Stelle in der neuen Satzung vor. Die Konsequenz war am 5.2.1954 eine Sitzung der klassenlosen Mitglieder, die auf Vorschlag des neuen Präsidenten und Nachrichtentechnikers Leo Pungs eine Gruppe bilden und einen Obmann wählen sollten. Auf diese Weise wurde der bisherige Sekretär Jesse zum Obmann. Dennoch sprach sich die „Gruppe für Geisteswissenschaften“, allerdings erfolglos, für den Anschluß an die Naturwissenschaftliche Klasse aus.

Daß die Vorbehalte der Geisteswissenschaftler keineswegs unbegründet waren, sollte sich wenige Jahre später herausstellen. Am 14.1.1957 gab es eine kurze Sitzung der Klasse für Ingenieurwissenschaften im kleinen Kreis, bestehend aus Justi, Koeßler, Pungs, Vieweg und dem Werkstoffkundler Wilhelm Hofmann zur Aussprache über dessen Memorandum „Einige Gedanken zur Frage einer Bundesakademie für Ingenieurwissenschaften“.⁵³ Diese „Gedanken“ ähneln weitgehend den Argumenten der Wagner-Denkschrift. Die Technikwissenschaften sind in den klassischen Akademien nicht repräsentiert, eine bundesweite Akademie gibt es nicht, eine entsprechende Mainzer Initiative sei unzureichend, Braunschweig sei ein idealer Standort

⁵² Schriftwechsel zwischen Jesse und Justi in BWG, Ordner 1942-1958 Sitzungen und allgemein.

⁵³ In UABS F001 Nr. 9; BWG, Ordner 1942-1958 Sitzungen und allgemein.

wegen der PTB und der Nähe zu Clausthal und Hannover. Vorgeschlagen wurden mit Rücksicht auf Clausthal vier Klassen der Stoffwissenschaften, des Bauwesens, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik. Insofern war Hofmann noch radikaler als Wagner, indem er empfahl, neben der Geisteswissenschaftlichen auch die Naturwissenschaftliche Abteilung aufzulösen. Die Finanzierung solle der Bund übernehmen.

Diese Absicht provozierte wiederum den Widerstand der Naturwissenschaftler. Am 5.3.1957 stellten sie den Antrag zur Namensänderung der BWG in „Niedersächsische Akademie der Natur- und Ingenieurwissenschaften“.⁵⁴ Begründet wurde der Antrag nicht nur mit dem Erhalt ihrer Abteilung, sondern auch mit dem Argument, daß ohne die Änderung des Namens Mittel des Bundes und der DFG entgehen würden. Hier wurde erstmals ein weiterer Punkt angesprochen, der das Selbstverständnis in finanzieller Hinsicht betraf. Das leidige Problem der dürftigen Finanzausstattung und der mangelnden Zuwendungsfähigkeit von Drittmitteln klingt seitdem immer wieder an und ließ sich zur Begründung eines gewandelten wie eines unveränderten Selbstverständnisses instrumentalisieren, waren die Finanzen doch immer mit der Statusfrage verquickt, weil die Bearbeitung von langfristigen Akademieprojekten nicht nur von der fachlichen Kompetenz, sondern auch von der Finanzierung abhängig war. Außer der noch im Anfangsstadium befindlichen Raabe-Ausgabe⁵⁵ hatte die BWG hier nicht viel zu bieten. Ohne finanzielle Grundlage keine Akademieprojekte, ohne Akademieprojekte keine Akzeptanz als Akademie und damit als Zuwendungsempfänger für Drittmittel – ein Teufelskreis.

Auch wenn die Gründung einer Ingenieurwissenschaftlichen Akademie im Sande verlief, so schritt die regionale Ausweitung trotz der Widerstände voran. Anfang 1960 hatte der Präsident und Chemiker Hans Dietrich Kroepelin beim Ministerium angefragt, ob die Residenzpflicht der Klassenvorsitzenden in Braunschweig aufgehoben werden könne.⁵⁶ Die Auskunft lautete, daß die Residenzpflicht satzungsmäßig nicht zwingend sei. Also hatte man die Satzung bis dato in dieser Frage restriktiv interpretiert oder interpretieren wollen. 1965 ging man anlässlich einer neuerlichen Überarbeitung der Satzung sogar soweit, daß vorgeschlagen wurde, den Wohnsitz der

⁵⁴ BWG, Ordner 1942-1958 Sitzungen und allgemein.

⁵⁵ Sie umfaßte am Ende 20 Bände und 5 Ergänzungsbände und ist von 1951 – 2008 erschienen, ediert erst von Karl Hoppe und später von Jost Schillemeit.

⁵⁶ BWG, Ordner Satzung Siegel.

Mitglieder von Niedersachsen auf ganz Norddeutschland auszudehnen.⁵⁷ Wenn schon keine bundesweite, so vielleicht eine norddeutsche Ingenieurwissenschaftliche Akademie.

Verteilung der ordentlichen Mitglieder der BWG nach regionaler Herkunft 1944-2023

| | 1944 | 1949 | 1960 | 1969 | 1983 | 1993 | 2003 | 2023 |
|--------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Braunschweig | 41 | 43 | 51 | 53 | 65 | 65 | 77 | 74 |
| Clausthal | 4 | 3 | 2 | 5 | 9 | 12 | 11 | 17 |
| Hannover | - | 2 | 18 | 24 | 37 | 33 | 39 | 46 |
| Göttingen | - | - | 1 | 3 | 5 | 6 | 9 | 6 |
| Sonstige | 5 | 5 | 2 | 2 | 5 | 5 | 6 | 10 |
| Gesamt | 50 | 53 | 74 | 87 | 121 | 121 | 142 | 153 |

Quelle: Abhandlungen bzw. Jahrbücher der BWG der betreffenden Jahre; 2023 Internetseite der BWG. Die Auswahl der Stichjahre richtet sich nach der Datenverfügbarkeit, die nicht für alle Zehnjahresschritte gegeben war.

Eine Analyse der regionalen Herkunft der ordentlichen Mitglieder über den gesamten Zeitraum des Bestehens der BWG ergibt folgenden Befund: Die Zahl der ordentlichen Mitglieder hat sich von 1944 bis 2023 von 50 auf 153 mehr als verdreifacht. Dies war trotz des Prinzips einer geschlossenen Gesellschaft möglich, weil die Größe und Zahl der Klassen mehrfach verändert wurde und weil die Deckelung dadurch aufgehoben wurde, daß die über 70jährigen bei der Höchstzahl der Klassen nicht mehr berücksichtigt werden. Letzteres eine zwangsläufige Konsequenz des Umstands, daß mit der wachsenden Lebensdauer der Institution auch das Durchschnittsalter der Mitglieder immer weiter angestiegen ist. Die BWG ist in doppeltem Sinne älter geworden! Die erste, 1944 veröffentlichte, Liste verzeichnete ausschließlich Personen, die noch im aktiven Berufsleben standen. Also dürfte es keinen einzigen über 70jährigen gegeben haben. Da die Satzung des Jahres 2023 als Höchstzahl der ordentlichen Mitglieder für alle drei Klassen zusammen 100 vorschreibt, dürften etwa 53 der aktuell 153 Mitglieder, also etwa ein Drittel, das Alter von 70 Jahren überschritten haben. Zumindest gefühlt bilden die über 70jährigen in den Plenarsitzungen mittlerweile die Mehrheit und sind seit etlichen Jahren auch verstärkt in den Leitungsfunktionen vertreten. Deshalb dürfte die Überalterung der BWG bei den

⁵⁷ In der Plenarsitzung am 30.4.1965 in BWG, Ordner Plenarversammlung bis 1976; Vgl. auch BWG, Ordner Satzung Siegel.

aktiven Mitgliedern höher sein als in den bloßen Zahlen zum Ausdruck kommt mit negativen Konsequenzen für die Beschlußfähigkeit, auf die noch zurückzukommen ist.

Der andere Trend betrifft die Herkunft. Bei der Gründung lassen sich 41 der 50 Mitglieder dem Land Braunschweig als Herkunftsregion oder zumindest als Ort der wissenschaftlichen Tätigkeit zuordnen, auch wenn es in Einzelfällen eine Frage der Definition ist. Diese 41 gehörten zur TH Braunschweig, zur LFA und in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung diversen Kulturinstitutionen in Braunschweig oder Wolfenbüttel an. Lediglich vier stammten aus der Bergakademie Clausthal – Referenz gegenüber der ursprünglichen Absicht, eine gemeinsame Wissenschaftliche Gesellschaft zu gründen. Fünf Mitglieder waren von außerhalb der Landesgrenzen rekrutiert worden – darunter niemand aus Hannover oder Göttingen.

Die erste veröffentlichte Nachkriegsmitgliederliste des Jahres 1949 verzeichnet 53. Die stillschweigend aufgrund ihrer NS-Belastung dauerhaft aussortierten waren u.a. durch die Zuwahl solcher Mitglieder kompensiert worden, die als Opfer des Nationalsozialismus galten. Die ideologische Bereinigung der BWG änderte aber nichts an der regionalen Prägung. 43 von 53 Mitgliedern waren immer noch Braunschweiger. Immerhin gab es bereits zwei Hannoveraner ausgerechnet in der Geisteswissenschaftlichen Abteilung. Die regionale Öffnung erfolgte erst in den 1950er Jahren. 1960 gab es neben 51 Braunschweigern immerhin 18 Hannoveraner, aber nur zwei Clausthaler, weil die ersten vier des Jahres 1944 allesamt als belastet ausgeschieden waren. Die „natürliche Sogwirkung des politischen Zentrums“ Hannover setzte sich, wie von Pfeleiderer befürchtet, in den 1960er Jahren fort und nahm in den 1970er Jahren weiter an Fahrt auf. Ob Sogwirkung oder der Umstand, daß es an der TH Hannover viele Ingenieure gab, die unabhängige Variable war, müßte noch untersucht werden. Zwar stellte Braunschweig mit 65 von 121 immer noch die knappe Mehrheit, aber Hannover mit 37 bereits ein knappes Drittel. In den 1970er Jahren nahm die Zahl der Clausthaler immerhin auf neun zu. Derzeit stellt Braunschweig mit 74 von 153 zwar noch knapp die Hälfte, Hannover und Clausthal folgen mit 46 und 17 auf den Plätzen. Auch wenn es immer noch Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft heißt, so hat sich die Braunschweiger Prägung doch deutlich relativiert. Zwischenzeitlich, nämlich 2003, waren sogar neun Göttinger dabei. Der Versuch, die BWG auf ganz Niedersachsen auszuweiten, muß hingegen als gescheitert angesehen werden, gibt es doch nur zehn Mitglieder sonstiger Herkunft. Eine signifikante Mitgliedschaft aus den Universitäten Osnabrück, Oldenburg, Hildesheim oder

Lüneburg ist nicht erkennbar. Der von Klagges angestrebte „Gau Ostfalen“ ist in dieser Hinsicht nicht abgebildet.

Die banale Erklärung für das Muster der regionalen Herkunft lautet, daß es in Niedersachsen mit Göttingen und Braunschweig zwei Gelehrtenvereinigungen gibt. Da die Göttinger Akademie keine Ingenieurwissenschaftliche Klasse hat, sind die Ingenieure aus Clausthal und Hannover auf die BWG angewiesen, während Natur- und Geisteswissenschaftler auch nach Göttingen berufen werden können. Signifikant ist, daß die Geisteswissenschaftliche Klasse sich immer noch überproportional aus dem Raum Braunschweig rekrutiert.

Die Rückkehr der Geisteswissenschaften

Hervorragende Ereignisse, aber nicht im positiven Sinne, der 1960er Jahre waren die schier endlose Geschichte zur Verabschiedung einer neuen Satzung, zu deren Ausarbeitung 1965 eine Kommission (Hefter, Kohler, Kroepelin) unter Vorsitz des Historikers Heinrich Hefter gebildet worden war, und das anstehende 25jährige Jubiläum der Gründung der BWG im Jahre 1968 auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung. Daß ein Geisteswissenschaftler mit dem Kommissionsvorsitz betraut wurde, macht bereits die Absicht deutlich. Kern der neuerlichen Satzungsänderung sollte nämlich die Wiedereinführung der Klasse für Geisteswissenschaften sein. Ferner sollte das Problem der mangelnden Präsenz in den Sitzungen dadurch gemildert werden, daß die über 70jährigen nicht mehr für die Beschlußfähigkeit relevant sind. Und schließlich sollten die Klassenvorsitzenden in Zukunft gewählt werden und nicht mehr automatisch die Klassenältesten sein. Beide Maßnahmen waren eine Reaktion auf das wachsende Durchschnittsalter der Mitglieder. Und schließlich sollte die Residenzpflicht des Präsidenten in Braunschweig aufgehoben werden, um auch in dieser Richtung die regionale Öffnung zu befördern.

Eine indirekte nicht ganz unerhebliche Statusveränderung der BWG resultierte aus dem Umstand, daß 1968 die drei Technischen Hochschulen in Braunschweig, Hannover und Clausthal zu Technischen Universitäten aufgewertet wurden, nicht zuletzt begründet durch das breitere Fächerangebot als Folge des Ausbaus der Lehramtsfächer in Braunschweig und Hannover im Zuge der Hochschulreform der 1960er Jahre, die u.a. das Ziel hatte, die Abiturientenquote zu steigern, was den Ausbau der

Kapazitäten zur Ausbildung von gymnasialen Lehrkräften voraussetzte. Hannover erhielt zudem eine komplette Juristische Fakultät, was die technische Ausrichtung weiter relativierte. Es ist durchaus denkbar, daß die Statusaufwertung auch einen qualitativen Schub bei den nichttechnischen Fächern auslöste, weil in diesen der Ruf an eine TU attraktiver als an eine TH geworden war. Insofern war es nur konsequent, daß die Linie, aus der BWG eine Akademie für Ingenieurwissenschaften zu machen, wieder aufgegeben und stattdessen die Alternative verfolgt wurde, sich dem Profil der klassischen Akademien anzunähern.

Das Genehmigungsverfahren der neuerlichen Satzungsänderung war allerdings ein zäher Prozeß, weil in mehreren Plenarversammlungen über Jahre hinweg die Beschlußfähigkeit wegen der hohen Hürde von zwei Dritteln aller ordentlichen Mitglieder nicht erreicht wurde, die Satzung dennoch mehrfach ohne satzungsgemäß gültigen Beschluß an das Ministerium geschickt wurde. Die Anwesenheitslisten, in denen auch immer die Stimmübertragungen vermerkt sind, dokumentieren die nicht erreichte Beschlußfähigkeit am 10.12.1966, 14.1.1967 und 14.6.1968, wobei manchmal nicht klar ist, ob die über 70jährigen mitgezählt wurden oder nicht.⁵⁸ Offenbar hatte die Problematik jemand dem Ministerium gesteckt, sodaß Präsident Hermann Blenk mehrfach auf Nachfrage kleinlaut die Nichterfüllung der Beschlußfähigkeit einräumen mußte. Schließlich platzte dem Kultusministerium der Kragen und es reagierte etwa fünf Jahre nach Vorlage des ersten Kommissionsentwurfs am 28.8.1970 mit einem eigenen Entwurf.⁵⁹ Dieser wurde am 15.12.1970 dem Plenum vorgelegt. Von der Sitzung gibt es kein Protokoll, sondern nur eine Teilnehmerliste, die 14 Namen verzeichnet⁶⁰ – also definitiv keine Beschlußfähigkeit gegeben war. Dennoch wurde sie verabschiedet, weil laut Vorgabe des Ministeriums diese nicht mehr nötig war.⁶¹

Die Frage drängt sich auf, warum es fünf Jahre dauerte von 3.2.1966 mit der Vorlage von Hefters Entwurf, bis die neue ministerielle Satzung am 14.1.1971 genehmigt wurde. Die Protokolle der Plenarsitzungen im fraglichen Zeitraum geben darüber keine oder nur kryptische Auskunft. So bat der Präsident auf der Sitzung vom 3.7.

⁵⁸ Protokolle der Plenarversammlungen und Anwesenheitslisten mit Stimmübertragung in BWG, Ordner Plenarversammlung bis 1976.

⁵⁹ So die Aussage in der Einladung vom 26.10. zur Plenarversammlung am 20.11.1970. BWG, Ordner Plenarversammlung bis 1976.

⁶⁰ Pikanterweise ist dies die einzige Sitzung, über die kein Protokoll in dem Ordner Plenarversammlung bis 1976. abgeheftet ist.

⁶¹ Der gesamte Vorgang ist dokumentiert in BWG, Ordner Satzung Siegel.

1969 um die „Genehmigung“, wegen der Satzungsfrage im Ministerium vorstellig zu werden. Das Protokoll der Sitzung vom 30.6.1970 vermerkt, daß es in dieser Angelegenheit eine Besprechung mit Min. Dir. Schneider im Ministerium gegeben habe.⁶² Die eine Antwort auf die Frage lautet. Es war eine paradoxe Konstellation. Um das Problem der Beschlußunfähigkeit durch die Senkung der Hürde zu beheben, mußte sie zuvor überwunden werden, was am Ende nur durch die Intervention des Ministeriums gelang, das faktisch die alte Satzung außer Kraft setzte, bevor die neue rechtskräftig wurde. In der neuen Satzung war das Quorum auf 50 Prozent der ordentlichen Mitglieder unter 70 Jahren gesenkt worden. Diese mußten entweder anwesend sein oder ihre Stimme mit einem ausgefüllten Formular an ein anwesendes Mitglied unter 70 Jahren übertragen haben.

Die andere Antwort führt zu der Frage, ob es wirklich nur das zunehmende Desinteresse an der BWG in Verbindung mit der zunehmenden Überalterung war. Dafür spricht ein Fragebogen von Blenk bezüglich des Prozederes bei den Plenarsitzungen vom 11.4.1967, auf den 55 von 77 Mitgliedern reagiert haben. Immerhin hätte man das Problem durch die Stimmübertragung, wie zuvor wieder geschehen, lösen können. Oder war das wiederholte Scheiternlassen der neuen Satzung durch Abwesenheit oder unterlassene Stimmübertragung Absicht einer starken Gruppe, die den Kurswechsel von einer Gesellschaft der Ingenieure zu einer fachlich breiter aufgestellten Gesellschaft nicht mitmachen wollte? Die Akten und Protokolle der Plenarsitzungen schweigen zu dieser Frage, obwohl nicht viel Phantasie zu der Vorstellung gehört, daß die BWG in die erste tiefe Krise nach der Wiedergründung geraten war. In den Akten spiegelt sich diese nur indirekt, in den Abhandlungen gar nicht wider.

Die Frage des Umgangs mit dem 25jährigen Jubiläum der BWG berührte das Selbstverständnis an einer anderen Stelle. Seit 1967 stand die Frage im Raum, ob man im Spätherbst 1968 eine feierliche und öffentlichkeitswirksame Jubiläumsveranstaltung abhalten sollte, wohlgerichtet auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, die auch in Braunschweig und Hannover ihre Schauplätze hatte. Sie wäre womöglich von studentischer Seite zum Anlaß genommen worden, die NS-Vergangenheit und die Verstrickung noch aktiver BWG-Mitglieder zu thematisieren. Vermutlich im Vorgriff auf den Anlaß und diesbezügliche Befürchtungen hatte Schmidt dem aktuellen Präsidenten Blenk die bereits zitierte und offenbar vertraulich behandelte Liste der „BWG-

⁶² BWG, Ordner Plenarversammlungen bis 1976.

Mitglieder, die noch nicht in der Liste enthalten sind“ zukommen lassen, die in der überlieferten Version mit handschriftlichen Notizen von Schmidt versehen sind.⁶³ Schmidt war 1944 Vorsitzender des Senats, Institutsleiter an der LFA und o. Professor im Reichsdienst, an der TH mit Vorlesungen über Wärmetechnik und Triebwerkslehre beauftragt, Blenk ebenfalls Institutsleiter ebd. und ab 1938 Leiter der LFA, auch o. Professor im Reichsdienst und an der TH mit Vorlesungen über Aerodynamik beauftragt. Schmidt war seit 1934 Mitglied der NSDAP, Blenk nicht, obwohl er damals von Klagges zum Parteieintritt gedrängt wurde. Beide kannten sich also seit mehr als 25 Jahren aus mehreren Kontexten und dürften ein besonderes Vertrauensverhältnis gepflegt haben.

Auf einer Sitzung des Verwaltungsausschusses am 3.11.1967 wurde das Für und Wider diskutiert und beschlossen, im Dezember 1968 eine feierliche öffentliche Sitzung abzuhalten und einen Sonderband der Abhandlungen herauszugeben, der über die wissenschaftlichen Aktivitäten der BWG und ihrer Mitglieder Auskunft geben sollte. Zu diesem Zweck versandte Blenk am 18.12.1967 einen Fragebogen an alle Mitglieder als Grundlage des Sonderbands. Der Verwaltungsrat war also zunächst über den Schatten gesprungen, der über der BWG lastete, auch wenn nicht an eine regelrechte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gedacht war.

Um es kurz zu machen. Trotz des eindeutigen Beschlusses hat es im Dezember 1968 keine öffentliche Jubiläumsveranstaltung gegeben und ist auch kein Sonderband erschienen. Womöglich hatte die Fragebogenaktion von Blenk Bedenken und Widerspruch ausgelöst, waren doch noch viele Gründungsmitglieder am Leben und in der BWG aktiv. Stattdessen wurde auf der Plenarsitzung vom 17.12.1968 beschlossen, die 25-Jahrfeier mit der Gaußfeier zusammenzulegen.⁶⁴ Begründet hatte Blenk den Beschluß in einem Rundschreiben an alle BWG-Mitglieder vom 14.11.1968 mit dem nichtssagenden Satz: „Die für Dezember d.J. in Aussicht genommene 25-Jahrfeier der BWG kann nicht stattfinden, da es unmöglich war, die dafür notwendigen Vorbereitungsarbeiten rechtzeitig durchzuführen.“⁶⁵ Deshalb gab es am 30.4.1969 im Rahmen der Verleihung der Gauß-Medaille „anlässlich des 25jährigen

⁶³ Diese Liste ist ein zentrales Dokument zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der BWG und findet sich in UABS F001, Nr. 9. Es handelt sich um Friese, Grothe, Harms, Hertel, Herzig, Iglisch (laut handschriftlichem Zusatz selbst ausgetreten), Kritzer, Lepsius, Nehring, Paschke, Pfanhauser, Roloff, Schulz, Stegemann, Tank, Wittig als ordentliche und Fehse, Georgii, Mackensen, Meier, Sagebiel, Schmidt (Friedrich) und Timmerding als a.o. Mitglieder.

⁶⁴ BWG, Ordner Plenarversammlungen bis 1976.

⁶⁵ Rundschreiben in BWG, Ordner Plenarversammlung bis 1976.

Bestehens der BWG“ einen Vortrag des Alt-Präsidenten Paul Koeßler mit dem philosophisch anmutenden Titel „Wissenschaft, Sein und Sinn“. In dem Vortrag thematisierte er allerdings weder die 25 Jahre BWG noch die Umstände ihrer Gründung. Stattdessen bezeichnete er Max Planck als geistigen Vater der BWG und zitierte am Ende seiner Rede seinerseits den bereits zitierten Schluß der Rede von Schmidt auf der Gründungssitzung 1943 mit dem Nachsatz „Diesen Gedanken ist die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft gefolgt, und wir glauben, daß sie der Wissenschaft gedient hat – in der Stille und nicht irgendeinem Geist.“⁶⁶ Ob Koeßler die Jahre 1943-1945 oder alle 25 Jahre gemeint hat, bleibt offen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß hier eine krasse Umdeutung der Gründung der BWG versucht wurde. Ein dementsprechendes Indiz ist ein Schreiben von Blenk an Schmidt vom 26.1.1968, in dem er behauptet, bei der Gründung der BWG sei es bereits um den Wiederaufbau nach dem Krieg gegangen. Dann hätte aber die Forschung für die Luftwaffe, auch in den Personen Blenk und Schmidt, nicht so prominent bei der Gründung vertreten sein dürfen.

Bezüglich des Sonderbands ist der Befund noch ernüchternder. Der im Jahre 1968 erschienene Band 20 der Abhandlungen ist ein ganz normaler Band mit sieben Fachaufsätzen und einem knappen Nachrichtenteil ohne jeglichen Bezug zum Jubiläum. 1969 ist gar kein Band erschienen und erst 1970 der Band 21, der neben acht Fachaufsätzen zu diversen Themen auf 214 Seiten der BWG gewidmet ist. In dem einseitigen „Auszug aus der Begrüßungsansprache des Präsidenten bei der Gauß-Feier am 30. April 1968“ (Blenk) wird immerhin auf das Gründungsdatum verwiesen. Daß die vorgesehene Jubiläumsfeier ausgefallen ist, wird von ihm mit zwei nichtssagenden Sätzen begründet: „Im vergangenen Dezember hätten wir also die 25-Jahr-Feier der BWG begehen können. Bei der Fülle der Veranstaltungen, an denen die meisten von uns teilzunehmen haben und die zusammengefaßt – einen merklichen Bruchteil unserer Zeit beanspruchen, haben wir es für richtig gehalten, die 25-Jahr-Feier mit der diesjährigen Gauß-Feier zusammenzulegen.“ Welche Fülle von Veranstaltungen gemeint sind, wird nicht erläutert. Dann heißt es weiter: „Die Gründung unserer Gesellschaft fiel in eine sehr schwere Zeit. Deutschland lag im Kampf mit einer Welt von Feinden, und es war längst abzusehen, daß wir in diesem Kampf unterliegen mußten. Nur durch Terror konnte sich die Nationalsozialistische Regierung des

⁶⁶ Paul Koeßler, Wissenschaft, Sein und Sinn. In: Abhandlungen 21.1969, S. 15-23.

Deutschen Reiches noch über mehr als ein Jahr behaupten. In dieser Zeit machten sich die Wissenschaftler aus allen Bereichen Gedanken, wie die Wissenschaft – nach Beendigung des Krieges und nach Beseitigung der damaligen Machthaber – zum Wiederaufbau unserer Städte, zur Gesundung unserer Wirtschaft, zur Ausbildung und Förderung des Nachwuchses, zur Aufholung bedrohlicher Rückstände in Wissenschaft und Technik Beiträge leisten könne. Was damals – vor 25 Jahren – als Zweck und Ziel der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft herausgestellt wurde, kann auch heute noch jeder Kritik standhalten. Unsere Gesellschaft hat daher keinen Grund, sich ihrer Gründung während des Dritten Reiches zu schämen. Eher könnte man das Gegenteil behaupten.⁶⁷ Blenks Tenor und die offensichtliche Absicht der Umdeutung der Gründung einer Gesellschaft, deren Kuratorium nahezu ausschließlich mit prominenten Nazis besetzt war, soll hier nicht weiter kommentiert werden.

Es folgt, wohlgemerkt erst 1970 erschienen, die Eröffnungsrede von Schmidt aus dem Jahre 1943 (nicht aber die des kompromittierten und dauerhaft ausgeschlossenen Herzig), die Rede von Koeßler, die Vorstellung der Gauß-Medaillen-Träger von 1949-1969 und, offenbar das Ergebnis der Fragebogenaktion, die jeweils ganz- bis halbseitige Vorstellung der aktuellen und verstorbenen Mitglieder unter Weglassung derjenigen, die 1945 aussortiert und nicht wieder aufgenommen worden inklusive des besonders heiklen Falls Roloff, der eigentlich nach seiner Wiedereinstellung hätte dazu gehören müssen. Vielleicht war auch die Fragebogenaktion und der, wie auch immer motivierte, zögerliche Rücklauf der Grund, warum 1969 kein Band erschienen ist. Eine Karawane ist bekanntlich immer nur so schnell wie das langsamste Kamel. Über die wissenschaftlichen Aktivitäten der BWG in den 25 Jahren, wie doch einstimmig beschlossen, gibt der Band keine Auskunft.

Halten wir als weiteres Zwischenfazit fest. Die 1960er Jahre waren bezüglich des Selbstverständnisses der BWG eine restaurative Zeit. Der Kurswechsel Richtung Ingenieurwissenschaftliche Akademie wurde revidiert, die Geisteswissenschaften durften zurückkehren, das 25jährige Jubiläum war kein Anlaß zu einer Aufarbeitung der Gründungsumstände, sondern der verschämte Anlaß zu deren Umdeutung. Immerhin gab Blenk zu erkennen, daß er Ende 1943 nicht mehr mit dem „Endsieg“ gerechnet hat, auch wenn diese Erkenntnis in Widerspruch zur Akzentuierung der BWG in

⁶⁷ Zitate bei Blenk in Abhandlungen Band 21.1969; S. 7 (1970 erschienen).

Richtung Luftfahrttechnik bei der Gründung steht. Wenn Blenk, Schmidt und Koeßler geglaubt haben sollten, daß man mit der Gauß-Feier und dem verspäteten „Sonderband“ den Deckel zugemacht hätte, sollte sich die Vertuschung und Umdeutung statt der Aufarbeitung der Gründungsgeschichte doch 1993 anlässlich eines weiteren gescheiterten Antrags, in den Kreis der Akademien aufgenommen zu werden, bitter rächen.

Vermutlich war 1968 dazu die Zeit noch nicht reif, weil nach 25 Jahren etliche der maßgeblich an der Gründung Beteiligten wie Schmidt noch am Leben bzw. wie Blenk noch 25 Jahre später in verantwortlicher Position waren. Auch bei vielen anderen wissenschaftlichen Institutionen ist die Aufarbeitung der NS-Zeit erst spät erfolgt. Im Falle der TU Braunschweig 1995 mit dem Erscheinen des Bandes zum 250jährigen Jubiläum mit immerhin acht Beiträgen zur NS-Zeit in der Ära Rebe⁶⁸ bzw. 2010-2012 mit den bereits zitierten Opfer- und Täterbänden und einer eindeutigen Resolution von Präsidium und Senat am 24.10.2010 in der Ära Hesselbach. Die Gründungsmitglieder der BWG konnten zwar naturgemäß nicht zu den Opfern gehören, sehr wohl aber etliche zu den Tätern nicht nur aus dem Kuratorium, sondern auch aus dem Kreis der Rektoren in Braunschweig und Clausthal. Neun ordentliche und ein a.o. Gründungsmitglied gehören zu der Mitmacher-, Aktivisten- und Täter-Liste von Weißelhöft.⁶⁹ Einer darunter, Fritz Gerstenberg, war sogar erster Präsident der BWG.

Die Frauenfrage und der zweite Anlauf zur Statusaufwertung in den 1970er Jahren

Wenn man die Mitgliederverzeichnisse der ersten 35 Jahre durchgeht, wird man keine einzige Frau finden. Trotz Emanzipationsbestrebungen hatte sich bis 1978 nichts am Selbstverständnis geändert, daß die BWG ausschließlich Männern vorbehalten ist. Während in den Geisteswissenschaften auch schon damals der Frauenanteil signifikant gestiegen war, waren Professorinnen in den Ingenieurwissenschaften doch eine ganz seltene Ausnahme. Insofern war und ist der Umstand, daß die BWG im Kern von drei Technischen Universitäten getragen wird, eine für die Frauenfrage relevante Variable. In den frühen Jahren war es lediglich üblich, daß bei auswärtigen Sitzungen, insbesondere in Clausthal, für die mitgereisten Professorengattinnen ein

⁶⁸ In: Kertz 1995.

⁶⁹ Weißelhöft 2012.

„Damenprogramm“ und im Anschluß an die Sitzung ein gemeinsames Essen arrangiert wurde.

Das sollte sich ändern, als im Juni 1978 auf der Plenarversammlung in Clausthal mit der Statikerin und apl. Professorin Maria Eßlinger, tätig bei der Deutschen Versuchs- und Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (heute DLR), der Nachfolgerin der LFA in Völkenrode, erstmals die Berufung einer Frau auf der Tagesordnung stand.⁷⁰ Das Plenum stimmte allerdings mehrheitlich nicht mit „ja“, sondern offenbar mit Enthaltung – vermutlich der erste und womöglich einzige Fall, daß jemand, der berufen werden sollte, abgelehnt wurde. Üblich sind eigentlich nur wenige Enthaltungen und einzelne Gegenstimmen. Als das Ergebnis verkündet wurde, soll es einen Tumult gegeben haben. Die drei Bauingenieure, die den Antrag unterstützt hatten, drohten mit Austritt. Daraufhin sei ein „Formfehler“ bei der Abstimmung entdeckt und die Wahl wiederholt worden, sodaß Esslinger im zweiten Anlauf doch akzeptiert wurde. Der Bauingenieur Heinz Duddeck, einer der Antragsteller, der später über den Vorfall berichtete, vermutet, daß bei der Ablehnung das Argument mitgeschwungen habe, daß bei Platons Akademiegründung 385 v.Chr. auch nur Männer Mitglied einer Akademie werden konnten, und vergaß nicht zu erwähnen, daß der Druck der Mitgliedsurkunde in der weiblichen Fassung zwei Jahre benötigte.⁷¹

Noch zehn Jahre später beanstandete der Architekt Justus Herrenberger, daß es so wenig weibliche Mitglieder gäbe. Zu diesem Zeitpunkt gab es neben Heßlinger nur ein weiteres korrespondierendes Mitglied in der Geisteswissenschaftlichen Klasse. Das Bedauern Herrenbergers wiederholte sich 1993 anläßlich der Übergabe des Präsidentenamts von Gerhard Oberbeck auf Werner Leonhard. Zur Kompensation wurde beschlossen, daß künftig zum Neujahrsempfang in Braunschweig, zur

⁷⁰ Zur Person vgl. die Autobiographie Heßlingers, Windkanal des Lebens. Erinnerungen einer Ingenieurin. Berlin 2000.

⁷¹ Duddeck in Weißelhöft/Matuschek 2013, S. 57. Womöglich hat Duddeck sich nicht mehr genau an den Vorgang erinnert. Mit Schreiben an den Generalsekretär Olsen vom 12.6.1978 (in BWG, Ordner Plenum bis 31.12.1998) bittet er nämlich darum, auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung die Zuwahl von drei neuen Mitgliedern, darunter Maria Eßlinger, zu setzen. In dem Schreiben bezieht er sich auf die Sitzung in Clausthal, bei der „ja ungefähr alles, was nur möglich, ist falsch gelaufen“ sei. Er weist darauf hin, daß die Regularien der Klasse für Bauwissenschaften bei Zuwahlen keine auswärtigen Gutachten, sondern nur die Unterstützung von drei Mitgliedern verlangen. Das Fehlen auswärtiger Gutachten dürfe nicht mit Stimmenthaltung geahndet werden. Offenbar hat es so viele Enthaltungen gegeben, daß die Ja-Stimmen nicht ausreichten. Außerdem geht aus dem Schreiben hervor, daß das Alter der Kandidatin, Jg. 1913, als zu alt moniert wurde. Duddeck weist deshalb darauf hin, daß in der Klasse für Ingenieurwissenschaften Mitglieder im Alter von 63 und 67 Jahren gewählt worden seien. Demnach war es tatsächlich so, daß die Wahl nicht sofort, sondern erst auf der nächsten Plenarsitzung wiederholt wurde. Leider enthält der für die Sitzungen zuständige Ordner weder die Einladungen noch die Protokolle mit den Abstimmungsergebnissen für die Sitzungen. Zufall?

Plenarsitzung in Hannover, zur feierlichen Jahresversammlung und zur Sommerabschlußsitzung in Clausthal die Ehefrauen der Mitglieder eingeladen werden sollten. 2023 hat die BWG immerhin 18 ordentliche weibliche Mitglieder.⁷² 2011 erhielt erstmals mit Angela D. Frederici eine Frau die Gauß-Medaille, auf die in immer dichterem Reihenfolge 2017, 2020 und 2021 weitere Frauen folgten. 2020 wurde erstmals mit Christel Müller-Goymann eine Frau zur Vizepräsidentin und mit Nicole Karafyllis eine Frau zur Vorsitzenden der Geisteswissenschaftlichen Klasse gewählt. Auch wenn die Bearbeitung der „Frauenfrage“ 1978 sehr spät und nur sehr schleppend in Angriff genommen wurde und offenbar gegen massive Widerstände durchgesetzt werden mußte, so erscheint sie seit den Nullerjahren doch auf einem guten Weg trotz des Handicaps, daß in den Natur- und Technikwissenschaften nur wenige Frauen auf Lehrstühle gelangen. Die Zeiten, daß das weibliche Element nur als Begleitung auf den festlichen Sitzungen oder im „Damenprogramm“ in Erscheinung trat, sind jedenfalls vorbei.

Auf einem anderen Feld des Selbstverständnisses, nämlich der Statusaufwertung, war man bis in die 1990er Jahre genauso wenig erfolgreich wie in den 1950er Jahren. Hierzu bedarf es wieder des Kontextwissens. 1970 war in Düsseldorf eine „Nordrhein-westfälische Akademie der Wissenschaften“ gegründet worden mit drei Klassen für Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin sowie Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. Großzügig mit Mitteln des Landes ausgestattet verfügte sie über etliche Kommissionen, die klassische langfristige Akademieprojekte verfolgten wie z.B. die Herausgabe der *Monumenta Germaniae Historica*. 2008 wurde sie um eine Klasse der Künste erweitert. Damit war das Alleinstellungsmerkmal der BWG, über eine ingenieurwissenschaftliche Klasse zu verfügen, verloren. Außerdem wurde die Düsseldorfer Akademie, obwohl viel jünger als die BWG, in die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften aufgenommen mit derzeit acht Mitgliedern (München, Berlin/Potsdam, Göttingen, Heidelberg, Mainz, Düsseldorf, Leipzig, Hamburg) – nicht gezählt die 2002 gegründete Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und erst recht nicht die 1652 gegründete Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, die als Nationale Akademien in einer eigenen Liga spielen.

Der Hinweis verweist uns auf die Dachorganisation der Akademien, deren Geschichte kurz rekapituliert wird. 1949 hatten die Göttinger, Münchener und

⁷² Laut Internetseite der BWG.

Heidelberger Akademie die „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Akademien der Wissenschaften“ gegründet. 1967 war die „Arbeitsgemeinschaft“ in „Konferenz“ umbenannt worden, der 1992 nach der Wiedervereinigung die Berlin-Brandenburgische Akademie (ehemals Preußische Akademie) beigetreten war. Aus der „Konferenz“ ist 1999 die „Union“ geworden. Der Begriffswechsel deutet auf einen immer engeren Verbund.

Die Düsseldorfer Gründung mag einer der Anlässe gewesen sein, die Idee aus den 1950er Jahren wieder aufzugreifen, der BWG eine rein technische Ausrichtung zu geben. Das Kurzprotokoll der Plenarsitzung vom 21.1.1972 vermerkt ohne nähere Erläuterung: „Bericht über das Gespräch bei dem Nds. Kultusmin über Anerkennung der BWG als Akademie und Erhöhung der Haushaltsmittel“⁷³ Offenbar hatte Blenk zunächst versucht, eine Statusaufwertung durch das Ministerium durch die Umbenennung von „Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft“ in „Braunschweigische Akademie“ zu erreichen und so die finanzielle Zuwendung von Seiten des Ministeriums zu erhöhen. Der Versuch ist offenbar fehlgeschlagen. Ein Erfolg wäre sicher im Protokoll vermerkt worden.

Ein neuer Anlauf folgte am 26.7.1973. An diesem Tag suchten Blenk und der neue Präsident Karl Gerke Staatssekretär Wedemeyer im Kultusministerium auf mit dem Vorschlag, die BWG in „Akademie der Technischen Wissenschaften“ umzubenennen. Dieser wurde von Wedemeyer positiv aufgenommen, womit wir wieder bei der Abgrenzung zu Göttingen sind. Später hat Gerke offenbar Sondierungen unternommen, ob es unter dieser Voraussetzung möglich ist, Mitglied der „Konferenz“ zu werden. Jedenfalls beginnt ein diesbezüglicher Ordner am 23.12.1974 mit einem Vermerk „Normen für die Zugehörigkeit zur Konferenz“.⁷⁴ Diese Sondierungen haben am 9.5.1975 zu einem Beschluß der Plenarversammlung geführt, die BWG in „Nds. Akademie der Technischen Wissenschaften zu Braunschweig“ zu überführen. Der Name war vermutlich ein Kompromiß gegenüber den Anhängern des alten Namens, um trotz der Referenz gegenüber Niedersachsen die Braunschweiger Wurzel nicht ganz zu kappen. Gleichzeitig sollte die BWG von vier auf drei Klassen reduziert werden. Statt Blenk war jetzt der Geodät Gerke die treibende Kraft der Umorientierung. So

⁷³ BWG Ordner Plenarversammlung bis 1976. Vgl. dazu auch das Protokoll der Plenarsitzung vom 7.7.1972. Laut der Protokolle der Plenarsitzungen der Jahre 1971-1974 ist die Frage der Statusaufwertung ein Dauerthema gewesen.

⁷⁴ BWG, Ordner Akademien der Wissenschaften, Konferenz.

charakterisierte er am Ende seiner Amtszeit diese mit dem Bemühen, die BWG zu einer „Akademie der Wissenschaften technischer Prägung“ zu machen, was allerdings vorerst folgenlos geblieben sei.

Denkbar ist, daß der Agrarwissenschaftler Karl Heinrich Olsen am 12.12.1986 in seinem Plenarvortrag „Wissenschaftliche Gesellschaften“ sich mit dem Thema befaßt hat. Da Text und Anlaß nicht überliefert sind und weder im Jahrbuch noch in den Abhandlungen Spuren hinterlassen haben, ist der Tenor unklar. Ob die am 13.12.1991 beschlossene neue Satzung, die erst 1993 in Kraft trat und die Zahl der Klassen durch Streichung der Bauwissenschaften wieder auf drei reduzierte, mit der Initiative von Gerke in Verbindung gebracht werden kann, ist ebenso unklar. Klar ist aber, daß der neue Präsident Oberbeck im Januar 1992 in diese Richtung aktiv wurde, als er an den Vorsitzenden der „Konferenz“, den Mainzer Gerhard Thews, mit der Bitte herantrat, die BWG der Konferenz als „assozierte Organisation oder in ähnlicher Weise“ anzugliedern. Für die BWG würde damit „ein schon lang gehegter Wunsch erfüllt werden“.⁷⁵

Die ausweichende Antwort von Thews am 21.12.1992 benötigte fast ein Jahr. Sie lautete, daß der Senat der „Konferenz“ am 4.12.1992 über den „Antrag“ beraten habe und um weitere Unterlagen bitte, bevor eine Entscheidung gefällt werden könne. Also war aus der Bitte ein regelrechter Antrag geworden, der aber nicht in den Akten dokumentiert ist. Daraufhin schickte die Geschäftsstelle der BWG jeweils 18 Exemplare der Jahrbücher 1989, 1990 und 1991, der Abhandlungen der Jahre 1988 und 1989 sowie der Satzung an die Mainzer Akademie zu Weiterleitung an die anderen Mitglieder der „Konferenz“. Daß diese Aktion nicht die gehoffte Wirkung erzielte, geht aus einem Aktenvermerk Oberbecks vom 15.1.1993 hervor, der offenbar nach einem mündlichen Kontakt mit Thews angelegt wurde. Demnach hat Thews, was in Widerspruch zu den gerade erst eingesandten Konvoluten steht, die Ablehnung des Antrags, die womöglich in der Tendenz schon vorher erkennbar war, mit drei Punkten begründet. (1) Einem Antrag der Joachim-Junghans-Gesellschaft der Wissenschaften, die sich auch um die Mitgliedschaft beworben habe und den norddeutschen Raum abdecke, wurde auch nicht stattgegeben. Diese war 1947 gegründet worden und ist 2006 in der Hamburger Akademie aufgegangen. (2) Der Antrag wurde abgelehnt, weil „die BWG 1943 gegründet wurde“ und es nicht klar ersichtlich war, „ob mit

⁷⁵ BWG, Ordner Akademien der Wissenschaften, Konferenz.

Unterstützung des damaligen Regimes oder in Opposition dagegen“. (3) Weil die Leopoldina noch keinen Antrag gestellt habe, die BWG aber nicht vor der Leopoldina aufgenommen werden könne.⁷⁶ Das erste und das dritte Argument berühren Status-Fragen. Die BWG wollte durch den Antrag aufgewertet werden, die „Konferenz“ hingegen erwartete vor der Aufnahme, daß der Antragsteller die Statuskriterien bereits erfüllt habe. Damit sind wir wieder beim bereits erwähnten Teufelskreis.

Besonders heikel und fast schon ein Totschlag-Argument war das zweite. Es drängt sich der schlimme Verdacht auf, daß die BWG aufgrund ihres Gründungsdatums, auch ein Alleinstellungsmerkmal, von den etablierten Akademien als eine Art „Schmuddelkind“ angesehen wurde. Immerhin hatten sie sich seinerzeit der Gleichschaltung durch die Weigerung der Bestätigung des zum Präsidenten der Reichsakademie vorgesehenen Vahlens widersetzt, die in der Strategie Mentzels sogar mit Hilfe der BWG-Gründung ausgehebelt werden sollte. Mit solch einer „Gesellschaft“ wollte man nicht in einen institutionellen Zusammenhang treten. Spätestens hier rächte sich, daß die Gründungsgeschichte der BWG immer noch nicht aufgearbeitet, sondern anlässlich des 25. Jubiläums sogar krass umgedeutet worden war. Aus dieser Ecke hätte die BWG nur durch eine offensive und öffentlich gemachte Aufarbeitung herauskommen können, was die Vertuschungsstrategie der Nachkriegszeit offenbart hätte, die auch kein Ruhmesblatt war. Das Gespräch mit Thews muß für Oberbeck sehr unerquicklich gewesen sein. Ob er den Vermerk später im Plenum kommuniziert hat, ist in den Protokollen nicht überliefert.

Womöglich hat im Hintergrund noch ein anderer Grund eine Rolle gespielt. Der Leopoldina, die nie einen Antrag gestellt hat, hätte man die Mitgliedschaft nicht verweigern können. Ansonsten hatte jede weitere Mitgliedschaft Verteilungskonsequenzen, weil der finanzielle Anteil bei jedem neuen Mitglied für jeden einzelnen kleiner wurde, sofern der Topf nicht aufgestockt wurde. Nicht nur auf den Status, auch auf die Finanzierungsquelle zielte der BWG-Antrag ab. Nur zum Vergleich: Im Jahre 1967 hatte die Göttinger Akademie vom Land Niedersachsen 270.000 DM erhalten, die BWG, da keine Akademie, nur 12.800 DM. Damit sind wir wieder bei dem Teufelskreis. Ohne finanzielle Grundlage keine Akademieprojekte, ohne Akademieprojekte keine Ebenbürtigkeit.

⁷⁶ BWG, Ordner Akademien der Wissenschaften, Konferenz.

Der zweite von Thews genannte Vorbehalt dürfte seine Wirkung nicht verfehlt haben. Anlässlich der Amtsübergabe von Oberbeck auf den Elektrotechniker Werner Leonhard am 15.1.1993 spricht Herrenberger in seiner Rede das sich zum 50. Mal jährende Gründungsdatum zwar kurz aber nicht unkritisch an. Oberbeck thematisiert das vergebliche Bemühen, in die Konferenz aufgenommen zu werden. Nach 50 Jahren fast verstörend erscheint sein Hinweis, daß die BWG damals „quasi als Gegengewicht zur geplanten Hermann-Görling-Universität in Salzgitter“ gegründet worden sei.⁷⁷ Die Bemerkung eröffnet eine ganz neue Facette der Gründung. Es ging nicht nur um die Flankierung der Vereinigung von Braunschweig und Clausthal, nicht nur um die Abwehr der Ambitionen Lauterbachers, die TH unter dem Dach der Leibniz-Gesellschaft zu vereinnahmen, sondern auch um die Abwehr der ausufernden Ambitionen Görings, der womöglich auch ein Auge auf die LFA geworfen hatte. Deshalb die starke Präsenz von LFA und Luftfahrttechnik in der BWG, die sogar durch eine eigene Klasse aufgewertet werden sollte. Mit der Bemerkung hatte sich Oberbeck auch in Gegensatz zu Blenk begeben, der behauptet hatte, bei der Gründung sei bereits klar gewesen, daß der Krieg verloren und es bereits um den Wiederaufbau nach dem Kriege gegangen sei.

Bemerkenswert ist auch der Hinweis, daß man anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung einen Festakt plane. Dieser hat allerdings, wie die möglichen Anlässe zuvor, wieder nicht stattgefunden. Stattdessen behandelte das Jahrbuch 1993 unter der Überschrift „Allgemeines und Historisches“ auf 48 Seiten die Geschichte der BWG. Der namentlich nicht gezeichnete Beitrag unterschlägt die Umstände der Gründung. Angehängt werden die Satzungen von 1943 und 1993 als Klammer sowie eine Liste der Mitglieder von 1943 bis 1993 wieder unter Weglassung der dauerhaft ausgesonderten aus der Liste von 1944. Absicht oder Unkenntnis nach 50 Jahren oder mangelnde Sorgfalt bei der Recherche? Das Jahrbuch 1993 erschien allerdings erst 1994 wie der ausgekoppelte Teil „Allgemeines und Historisches“ als Sonderdruck.

Am 30.6.1994 beriet der Senat der „Konferenz“ nach dem Studium der eingesandten Unterlagen erneut über den Antrag der BWG und entschied negativ, was nicht überrascht, da diese keine Auskunft über die Umstände der Gründung geben. Die Ablehnung wurde Leonard am 11.7.1994 von Thews mit einer nichtssagenden Begründung mitgeteilt. Die eigentlichen Gründe hatte ihm Oberbeck vermutlich schon mitgeteilt.

⁷⁷ Alle Ansprachen sind abgedruckt in Jahrbuch 1993.

Damit war dieses Kapitel abgeschlossen, auch wenn der spätere Präsident Klein in den Jahren 2001 und 2005 noch vorsichtige Vorstöße in Richtung Kooperation mit der „Union“ machen sollte.⁷⁸

Die räumliche Konsolidierung in den 1980er Jahren als Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewußtseins

Das Jahr 1981 war ein wichtiges in der Geschichte der BWG, weil in dessen Sommer der Umzug in die sog. Felmy-Villa, ursprünglich Villa Löbecke, unter der Adresse Fallersleber Torwall 16 erfolgte, die 1967 in den Besitz der Stadt Braunschweig gelangt war.⁷⁹ Damit hatte die Odyssee durch das Universitätsviertel von einem wenig attraktiven Provisorium in das nächste, beginnend 1943 mit der Adresse Geysostr. 7 in Rolloffs Institut (noch erhaltener Altbau), 1952 der Mühlenpfordtstr. 23 (heute Adresse des Architektenturms), 1962 der Pockelsstraße 4 (Altgebäude der TU), 1963 der Pockelsstr. 14 direkt gegenüber (Forumsgebäude), 1971 der Spielmannstr. 20 (Altbau, heute u.a. Personalrat) und 1978 dem Fallersleber Torwall 22 (Nachkriegsneubau), ihr Ende gefunden, nicht gezählt die vielen Treffen und Sitzungen im Gästehaus, in den Sitzungssälen des Forumsgebäudes, den Hörsälen des Altgebäudes oder der Mensa-Klause, den Institutsräumen oder gar Privatwohnungen der jeweiligen Präsidenten. Erst jetzt gab es ausreichende Räumlichkeiten für Büro, Arbeitszimmer für Präsident und Generalsekretär, Sitzungszimmer für die Klassen und Kommissionen und das Plenum mit Foyer, Diele, Terrasse und Garten und damit auch die Möglichkeit, repräsentative Anlässe wie den Neujahrsempfang und die Überreichung der Mitgliedsurkunden im eigenen Hause zu begehen. Da seit 1981 die Verleihung der Gauß-Medaille regelmäßig in der Dornse, der guten Stube der Stadt Braunschweig, stattfindet, gebührt der Stadt Braunschweig ein besonderer Dank, die durch eine Miete weit unterhalb dessen, was bei einer am Okerumflutgraben gelegenen Villa mit parkähnlichem Garten marktüblich wäre, zu einem wichtigen Finanzier neben dem Land geworden ist. Ein Schatten fällt nur über die Felmy-Villa, da nicht klar ist, wie Görings Luftwaffe 1937/38 in ihren Besitz gekommen ist, um dem General der

⁷⁸ Klein an Zintzen vom 27.2.2001; Klein an Gottschalk vom 6.4.2005. In: BWG, Akademien der Wissenschaften Konferenz; BWG, Wissenschaftliche Akademien, allgemeiner Schriftverkehr

⁷⁹ Vgl. dazu Ulrich Menzel, Zur Geschichte der „Villa Löbecke“ am Fallersleber-Torwall 16. In: Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft. Jahrbuch 2014. S.276-281.

Flieger und Chef des Luftflottenkommandos 2, Hellmuth Felmy, eine standesgemäße Residenz zu verschaffen. Nach dem Krieg wurde sie vom Reichsfiskus verwaltet, bis sie der Stadt übertragen wurde.

Über ein eigenes repräsentatives „BWG-Haus“ zu verfügen, wenn auch nur das gemietete Erdgeschoss einer Villa⁸⁰, ist nicht ganz unerheblich für das Selbstverständnis, zumal die BWG am Rande der Sitzungen oder Feiern auch zu einem sozialen Ort wurde, der dem informellen und nicht nur wissenschaftlichen Austausch über die Klassengrenzen hinweg förderlich ist. Eine BWG ohne BWG-Haus ist gar nicht mehr vorstellbar. Daß es 1980 zum zweiten Mal eine Kampfabstimmung bei der Wahl des Präsidenten gab, bei der Olsen über den vorherigen Präsidenten und Ökonomen Herbert Wilhelm nach zwei Wahlgängen mit 33 : 17 Stimmen bei 4-5 Enthaltungen obsiegte, ist im Sinne der demokratischen Konsolidierung auch ein bemerkenswerter Vorgang.⁸¹ Die Jahre der Präsidentschaft Olsen von 1981 – 1986 können deshalb als prägend für die Weiterentwicklung der BWG gewertet werden. 1983 erschien die erste Ausgabe des Jahrbuchs in Ergänzung der Abhandlungen und machte das Innenleben der BWG transparenter als Fortsetzung der wenig ergiebigen, 1976 – 1982 erschienenen, „Sitzungsberichte und Mitteilungen“.

Die 1990er Jahre waren dagegen eher Rückschritt als Fortschritt, der durch den zweiten gescheiterten Anlauf zur Statusaufwertung wie durch den Umstand zum Ausdruck kommt, daß der angekündigte Festakt zum 50jährigen Jubiläum nicht stattfand und statt einer möglichen Festschrift nur der blamable Sonderdruck mit einjähriger Verspätung. Selbst dieser magere Befund wurde nachträglich noch aufgewertet, als Werner Leonhard anlässlich der Übergabe des Präsidentenamts am 26.1.1996 behauptete, im Vorjahr das Jubiläum gefeiert und über deren Ursprünge berichtet zu haben. Die Behauptung gipfelte in dem Satz: „Das wichtigste Ergebnis war, daß die BWG trotz der Gründung im Herbst 1943 kein Fossil des Dritten Reiches ist, man könnte eher von einem Akt der Aufsässigkeit gegen die damalige Obrigkeit sprechen.“⁸² Eine krassere Umdeutung der Gründungsgeschichte ist kaum mehr möglich. Blenk hatte 1968 immerhin darauf verwiesen, daß sich das NS-System zu diesem

⁸⁰ Der im ersten und zweiten Stock residierende NDR muß den rückwärtigen Personalaufgang benutzen.

⁸¹ Die erste Kampfabstimmung hatte es am 18.12.1965, bei der sich Koeßler gegen Hecht mit 51:7 Stimmen bei einer Enthaltung durchgesetzt hatte. BWG Ordner Plenarversammlung bis 1976.

⁸² Werner Leonhard, Ansprache anlässlich der Präsidentschaftsübergabe am 26.1.96 In: Jahrbuch 1996, S. 19.

Zeitpunkt nur noch mit Terror behaupten konnte. „Aufsässigkeit“ hätte die GESTAPO sicher nicht geduldet. Zur Entlastung von Leonhard läßt sich lediglich anführen, daß der aufklärende Vortrag zur Gründungsgeschichte von Müller erst am 6.7.1996 in Clausthal stattfand und erst ein Jahr später in den Abhandlungen veröffentlicht wurde.

Die Phase der Öffnung in den Nuller Jahren

Die Konsolidierung in der Phase Olsen wurde fortgesetzt in der Ära des Chemikers Joachim Klein, der vom 14.1.2000 bis zum 1.1.2013 als Präsident, unterstützt durch den Generalsekretär und Philosophen Claus-Arthur Scheier (2001 – 2010), die Geschichte der BWG maßgeblich lenken sollte und auch nach Ende seiner langen Präsidentschaft naturgemäß weiter großen Einfluß ausübte. In dieser Ära wurde dem Selbstverständnis der BWG eine neue Facette durch die Öffnung gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit und die Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Institutionen hinzugefügt.⁸³ Weßelhöft/Matuschek bezeichnen die Phase als „der Weg in die Öffentlichkeit“. Die BWG sollte mehr sein als ein Club, der zu interessanten Vorträgen im Kreise der Mitglieder lädt, an den sich der gesellige Teil bei einem Glas gut gekühlten trockenen Weißweins anschließt.

Der Kurs der Öffnung wurde bereits in den Ansprachen von Erwin Stein, der sich auch auf Müller bezieht,⁸⁴ und der programmatischen Antrittsrede von Klein „Wissenschaft und Gesellschaft – Eine Herausforderung für Braunschweig“⁸⁵ anlässlich der Amtsübergabe am 14.1.2000 angekündigt. Bemerkenswert ist, daß Klein trotz der Öffnungsperspektive von dem „Dreiklang Wissenschaft – Gesellschaft – Braunschweig“ und nicht etwa Niedersachsen spricht. Da die sukzessive eingeführten Neuerungen alle bis heute Bestand haben und bekannt sein dürften, hier nur deren Aufzählung in Stichworten: 2004 der Beginn der jährlichen Bioethik-Symposien in Verbindung mit der Göttinger Akademie für Ethik in der Medizin u.a. Partnern; 2008 der Beginn der Akademievorlesungen im Roten Saal des wieder aufgebauten

⁸³ Vgl. dazu das lange Interview mit Klein in Weßelhöft/Matuschek 2013, S. 68-79.

⁸⁴ „Die BWG ist in schwieriger Kriegszeit unter Mitwirkung moralisch anfechtbarer Menschen entstanden“. In: Erwin Stein, Ergänzte Fassung des Vortrags vor der Plenarversammlung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) am 14.1.2000 anlässlich der Übergabe des Präsidentenamtes. In: Abhandlungen 50.20011, S. 9-20, Zitat S. 11.

⁸⁵ In Jahrbuch 2000, S. 19-29.

Braunschweiger Schlosses in Verbindung mit dem Kulturstadamt der Stadt Braunschweig; die Verleihung des Abt Jerusalem Preises im Rahmen eines öffentlichen Preiskolloquiums in der Klosterkirche Riddagshausen in Verbindung mit der Landeskirche, der TU Braunschweig und der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz und zuletzt anlässlich des 70jährigen Jubiläums die von Klein initiierte und begleitete Herausgabe des Bandes „70 Jahre Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft 1943 – 2013“, der erstmals auch die Umstände der Gründung nicht BWG-intern wie bei dem Vortrag und Aufsatz von Müller, sondern für eine interessierte Öffentlichkeit erschließt. Dazu gehören auch die digitale Verbreitung des Schrifttums über den Publikationsserver der Universitätsbibliothek 2016, ein Verdienst des Nachfolgers von Klein, dem Direktor der Universitätsbibliothek Dietmar Brandes, die Kooperation mit dem Israel Jacobson Netzwerk für jüdische Kultur und Geschichte und die Vorträge im Wolfsburger Phäno in Verbindung mit der Göttinger Akademie. Zumindest in Fragen der Kooperation hat sich das Verhältnis von Braunschweig und Göttingen entspannt.

Dem angesprochenen Problem der Überalterung gerade auch der aktiven Mitglieder sowie des Umstands, daß in der BWG wie in vielen anderen Organisationen nach wie vor die „alten weißen Männer“ das Sagen haben, sollte durch die Anfang 2018 geborene Idee entgegengewirkt werden, ein interdisziplinäres Netzwerk von NachwuchswissenschaftlerInnen zu gründen, aus der die „Junge BWG“ entstanden ist, bei der Männer und Frauen von Anfang an gleichermaßen mitwirken.⁸⁶ Da es aber keinen Automatismus gibt, ab einem bestimmten Alter von der Jungen BWG in die BWG zu wechseln, wird man sehen, ob in Zukunft Neuberufene sich auch aus den Reihen der Jungen BWG rekrutieren. Noch ein anderes Problem, das aus der Überalterung resultieren mag, soll nicht verschwiegen werden. Daß mit Band 63 des Jahres 2012 die Abhandlungen eingestellt wurden und seitdem nur noch eine Rubrik im Jahrbuch bilden, lag nicht nur an der damit verbundenen Kostenersparnis, sondern auch daran, daß immer weniger Beiträge zu den Abhandlungen eingegangen sind, die die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift gerechtfertigt hätten.⁸⁷ Die über 70jährigen

⁸⁶ Janina Bahnemann, „Junge BWG“ Eine Initiative der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Niedersachsen. In: Jahrbuch 2018. S. 235.

⁸⁷ So die Mitteilung von Müller-Goymann, die zeitweilig die Schriftleitung des Jahrbuchs wahrgenommen hat.

zeigen zwar Präsenz in den Plenarsitzungen, aber wenig Bereitschaft, in ihrem Alter noch Beiträge für die Abhandlungen zu liefern.

Eine Krise, in ihrer Tiefe durchaus vergleichbar mit der Satzungskrise Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre, die mächtig am Selbstverständnis der BWG als Gelehrtengesellschaft nagte, wurde 2019 ausgelöst durch die kritische Evaluation der Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen. Die leidige Statusfrage bzw. die Nichterfüllung aller Kriterien, die eine Akademie auszeichnen, meldete sich zurück und führte zu einer Grundsatzdebatte, wie das Profil der BWG wieder zu schärfen sei. Der 2020 als Erneuerer angetretene und einstimmig gewählte Ulrich Reimers wurde allerdings ausgebremst durch Kräfte, denen sein Innovationselan zu weit ging, sodaß er nach nur einem halben Jahr Präsidentschaft resigniert zurücktrat.⁸⁸ Daß sich daran anschließende Vakuum an der Spitze wurde nur notdürftig gefüllt. Die von Corona ausgelösten Restriktionen taten ein Übriges. Erst mit Beginn der Präsidentschaft von Reinhold Haux Anfang 2023, der nach langer Suche der Findungskommission seine Bereitschaft erklärte, war ein wirklicher Neustart möglich. Zuvor hatte sogar Altpräsident Otto Richter notgedrungen ein zweites Mal das Ruder übernehmen müssen. Der Neustart wird allerdings beeinträchtigt durch den auf die Corona-Einschränkungen der Vergangenheit folgenden Rückgang der Präsenz in den Klassen- und Plenarsitzungen, ein Problem mit dem viele Vereinigungen zu kämpfen haben.

Die Krise, für deren Beherrschung die bestehende Satzung keine Regularien aufwies, wie die Notwendigkeit, zeitweilig von Präsenz- auf virtuelle Sitzungen umzustellen und diese Möglichkeit, eine weitere Reaktion auf die Überalterung der BWG, auch in Zukunft zu ermöglichen, führte zur Einsetzung einer Satzungskommission, bestehend aus Glasmeier, Klein, Luchterhand (Vorsitz), Menzel und Peil, die erstmals von einem Juristen geleitet wurde. Der absolute Tiefpunkt der Krise wurde auf der virtuellen Plenarversammlung am 18.12.2020 erreicht, auf der über den Satzungsentwurf entschieden werden sollte, die turbulente Sitzung aber, nach kontroverser Diskussion und nicht zuletzt aufgrund technischer Schwierigkeiten, ergebnislos abgebrochen wurde. Die Satzung wurde erst nach weiteren Beratungen 2023 vom

⁸⁸ Vgl. dazu Vorzeitiger Rücktritt: Ulrich Reimers nicht mehr BWG-Präsident. In: Braunschweiger Zeitung vom 21.7.2020.

Wissenschaftsministerium genehmigt. Sie ist die mit Abstand ausführlichste aller bisherigen BWG-Satzungen mit einer beträchtlichen Regelungstiefe, die alle denkbaren Fälle und damit auch künftige Krisen handhabbar machen soll. Die leidige Frage der Beschlußfähigkeit, die immer wieder das Betteln des Präsidenten um zahlreiches Erscheinen und die fragwürdige Stimmübertragung erforderte, wurde endlich gelöst, indem das Quorum auf realistische 20 Prozent der ordentlichen Mitglieder in der Plenarversammlung gesenkt wurde. Der Sitz ist, wie seit der 1943er Satzung verankert, Braunschweig. Er kann also nicht nach Hannover verlagert werden.

Erstmals weist sie auch eine Präambel auf, die den bislang mehr oder weniger nichtssagenden § 1 früherer Satzungen ersetzt. In den Satzungen von 1971, 1993, 2008, 2010 und 2017 lautete es wortgleich und fast schon redundant: „Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft hat durch eigene Tätigkeit und im Zusammenwirken mit anderen Gesellschaften der Wissenschaft zu dienen.“ Eine Wissenschaftliche Gesellschaft hat der Wissenschaft zu dienen. Jetzt heißt es in der Präambel: „Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft (BWG) ist eine Vereinigung von Gelehrten. Sie hat zum Ziel, sich forschend, fördern und vermittelnd mit den gesamtgesellschaftlichen Leistungen von Wissenschaft und Technik in einem steten interdisziplinären Diskurs auseinanderzusetzen. So trägt sie zur Bildung einer wissensorientierten Gesellschaft bei. Dabei sind die Technikwissenschaften sowohl mit den Naturwissenschaften und der Mathematik als auch mit den Geistes- und Sozialwissenschaften transdisziplinär verbunden. Das integrative Zusammenwirken ermöglicht die Transformation von akademischem zu beratungsorientiertem Wissen. Die Arbeit der BWG ist zielorientiert und wertebasiert. Ihre Mitglieder pflegen den fächerübergreifenden Dialog. Leitmaximen sind Toleranz, Geschlechtergerechtigkeit und Förderung einer unbescholtenen Wirtschaft und Gesellschaft. Die BWG erkennt in ihrem wissenschaftlichen Handeln die Leitlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis als für sich verbindlich an.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, bringt sie doch in mehrfacher Hinsicht das gewandelte Selbstverständnis der BWG gegenüber den Satzungen von 1971 – 2017 zum Ausdruck.

Fazit

Das Fazit von 80 Jahren BWG unter der Fragestellung von Kontinuität und Wandel in ihrem Selbstverständnis kommt zu folgendem Befund: Die Tradition ist immer noch mächtig. Sie kommt nicht nur in ihrem Namen, sondern auch in ihrem Sitz, der Herkunft des Präsidenten und dem immer noch hohen Anteil von Mitgliedern aus dem „Braunschweiger Land“ zum Ausdruck. Das zu leugnen, wäre blauäugig. Die BWG ist eine der identitätsstiftenden Institutionen wie die Braunschweigische Landeskirche, die wieder zurückgeholte Braunschweigische Landessparkasse, die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz und das Haus der Braunschweigischen Stiftungen, der Verein Braunschweigische Landschaft, das Braunschweigische Landesmuseum, das Nds. Landesarchiv in Wolfenbüttel (ehemals Braunschweigisches Staatsarchiv), das auch den Braunschweigischen Geschichtsverein beherbergt, das Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte, das mittlerweile regelrecht in die TU Braunschweig integriert wurde - nicht zu sprechen von der Leserschaft der Braunschweiger Zeitung mit ihren Regionalausgaben und der Fangemeinde „zwischen Harz und Heideland“ des Braunschweiger Turn- und Sportvereins Eintracht von 1895, in denen das alte Land Braunschweig fortlebt.⁸⁹ Daß die Versuche gescheitert sind, den Namen in „Akademie der Ingenieurwissenschaften“ mit womöglich bundesweitem Anspruch (1953) oder bescheidener „Niedersächsische Akademie für Natur- und Ingenieurwissenschaften“ (1957) und zuletzt wieder ausgreifender in „Akademie der Technischen Wissenschaften“ (1973) zu ändern und damit die braunschweigische Wurzel zu kappen trotz aller sachlichen Argumente und der Unterstützung einer Landesregierung, die in Hannover sitzt, kann nicht nur umständehalber erklärt werden. Die Gründe für das Scheitern einer Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) sind ganz nebenbei im selben Kontext zu suchen.

Geblichen ist die ingenieurwissenschaftliche Schwerpunktsetzung aus der Anfangszeit, eine nahezu zwangsläufige Folge des Umstands, daß die BWG von drei Technischen Universitäten getragen wird, deren räumliche Nähe wie vieles im Universitätsbetrieb wie im Innenleben der BWG nicht rational, sondern nur historisch zu erklären ist.⁹⁰ Die Geisteswissenschaften hatten es in einem solchen Umfeld immer schwer, zumal es in Niedersachsen mit Göttingen bereits seit 1751 eine viel ältere und dazu noch von König Georg II. gegründete Akademie gibt, in der die

⁸⁹ Vgl. dazu Brage bei der Wieden, Über regionale Identität im Allgemeinen und die braunschweigische im Speziellen. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 102.2021, S. 11-22.

⁹⁰ Hermann Lübbe, Was heißt: Das kann man nur historisch erklären? Darmstadt 1977.

Geisteswissenschaften eine prominente Rolle spielen. In dieser besonderen Konstellation, die es in keinem anderen Bundesland gibt, liegt einer der Gründe, warum es der BWG in mehreren Anläufen nicht gelungen ist, in den Kreis der etablierten Akademien aufzusteigen. Da ihr so eine wesentliche Quelle, klassische Akademieprojekte zu finanzieren, verwehrt ist, liefert der Nichtaufstieg ein wesentliches Argument, warum die Voraussetzungen für den Aufstieg nicht gegeben sind. Es fragt sich allerdings, warum keiner der vielen drittmittelstarken Mitglieder es fertiggebracht hat, ein Projekt so zu arrangieren, daß es als Akademievorhaben hätte durchgehen und über die Konten der BWG hätte abgerechnet werden können. Hier böte sich z.B. die Bearbeitung einer historisch-kritischen Edition der gesammelten Schriften von Carl Friedrich Gauß als „Braunschweiger Ausgabe“ an. Die vorliegende zwölfbändige ist von 1863-1933 mit langen Unterbrechungen erschienen und dürfte weder den aktuellen editorischen Grundsätzen noch dem Stand der Gauß-Forschung entsprechen.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, der sich in dem zitierten Satz des Vermerks von Oberbeck vom 15.1.1993 offenbarte. So wie Bad Harzburg auf ewig die leidige Assoziation „Harzburger Front“ auslösen wird, so wird die BWG ihr leidiges Gründungsdatum von 1943 nicht los. Hier hilft nur die ungeschminkte Aufarbeitung und deren Öffentlichmachung und nicht die Vertuschung, nachträgliche Umdeutung oder Beschönigung. Auch deshalb wurde hier anlässlich des 80. Gründungsdatums so ausführlich und unmißverständlich darauf eingegangen. Daß man so lange mit der Aufarbeitung gezögert hat und sogar nach und trotz der Aufarbeitung die Gründungsgeschichte immer wieder umgedeutet wurde, macht die Sache nicht besser. Geblieben ist auch die prekäre finanzielle Basis, die unzureichende Präsenz in den Wahlsitzungen am Rande der Beschlußfähigkeit und die Mühe der Schriftleitung, zugesagte Beiträge für die Publikationen einzuwerben. Soviel zur Kontinuität.

Dennoch ist die Bilanz des Wandels so schlecht nicht. Die Öffnung Richtung Hannover und Clausthal ist erfolgt. Faktisch ist die BWG im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften eine niedersächsische Gesellschaft, im Bereich der Geisteswissenschaften allerdings kaum. Geschlechtergerechtigkeit im Sinne der Präambel aus der jüngsten Satzung ist zwar noch nicht voll umfänglich realisiert, doch angesichts der die BWG tragenden drei Technischen Universitäten auf einem guten Weg. Auch die „Transformation vom akademischen zum beratungsorientierten Wissen“ ist angesichts der vielen an die interessierte Öffentlichkeit adressierten Aktivitäten in Gang gekommen. An der Beratung hapert es allerdings noch, obwohl die Kompetenzprofile

der Mitglieder auf der Internetseite der BWG angegeben werden. Die Überalterung ist ein Problem, das nicht nur die BWG, sondern viele Institutionen aus allen gesellschaftlichen Bereichen kennzeichnet. Man denke nur an die Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften und die vielen Vereine. Mit der „Jungen BWG“ hat die „Alte BWG“ zumindest eine Initiative dagegensetzt. Die in der Präambel der Satzung formulierten Leitmaximen der Toleranz, der Geschlechtergerechtigkeit, der Förderung einer unbescholtenen Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt die Orientierung an einer guten wissenschaftlichen Praxis, man denke nur an die Plagiatsplattform Vroniplot und Chat GPT, sind unzweifelhaft der Ausdruck eines gewandelten Selbstverständnisses, auch wenn der Weg von 1943 bis 2023 ein weiter war.

Anhang

Ordentliche BWG-Mitglieder 1943-1950

| Name | 1943 ^a | 1945 ^{b, g} | 1949 ^c | 1950 ^d | Schmidt 1967 ^e | gestorben/ ausgetreten |
|---------------------------|-------------------|----------------------|-------------------|-------------------|---------------------------|---------------------------|
| Arndt, Hermann | | | | x | | |
| Birkenbach, Lothar | x | x | X | x | | |
| Blenk, Hermann | x | x | X | x | | |
| Boetger, Caesar R. | | | X | x | | |
| v. Bruchhausen, Friedrich | x | x | X | x | | |
| Busemann, Adolf | x | x | X | x | | |
| Cario, Günther | x | x | X | x | | |
| Dorn, Paul | x | x | X | x | | |
| Flesche, Hermann | x | - ? | X | x | | |
| Föppl, Otto | | | X | x | | |
| v. Frankenberg, Gerhard | | x | X | x | | |
| Friese, Hermann | x | -- | - | - | x | 19.7.1985 |
| Frohne, Edmund | x | x | X | x | | |
| Gassner, Gustav | | x | X | x | | |
| Gehlhoff, Wilhelm | | | X | x | | |
| Gerstenberg, Fritz | x | x | X | x | | |
| Göderitz, Johannes | | x | X | x | | |
| Gronau, Karl | x | x | - | x | | 6.11.1950 |
| Grothe, Hans | x | -- | - | - | x | ? |
| Grumbrecht, Alfred | x | -- | X | | | 8.8.1949 |
| Harbert, Egbert | | | X | x | | |
| Harms, Erich | x | x - | - | - | x | nach 1968 |
| Herse, Wilhelm | x | x | X | x | | |
| Hertel, Heinrich | x | -- | - | - | x | 5.12.1982 |
| Herwig, Bernhard | x | -? | X | x | | |
| Herzig, Emil | x | -- | - | - | x | 10.12.1962 |
| Inhoffen, Hans-Herloff | | | X | x | | |
| Iglisch, Rudolf | x | - | - | - | x | ausgetreten |

| | | | | | | |
|--------------------------|----------------------------------|----|----|----|----|-------------|
| Jaretsky, Robert | x | -- | X | x | | |
| Jesse, Wilhelm | x | x | X | x | | |
| Justi, Eduard | | | X | x | | |
| Kloth, Willi | | | | x | | |
| Koeßler, Paul | x | x | X | x | | |
| Kösters, Wilhelm | | | X | x | | |
| Koppe, Heinrich | x | x | X | x | | |
| Kraemer, Friedrich W. | | x | X | x | | |
| Kristen, Theodor | x | -? | X | x | | |
| Kritzler, Gottfried | x | - | | | x | 28.6.1945 |
| Kroepelin, Hans | | | X | x | | |
| Krüger, Gerhard | | | X | x | | |
| Leichtweiß, Ludwig | x | x | X | x | | |
| Lepsius, Richard | x | -- | - | - | x | 16.8.1969 |
| Löhner, Kurt | | | X | x | | |
| Marx, Erwin | x | -- | - | x | | |
| Moessner, Karl-Eugen | | | | x | | |
| Mühe, Adolf | x | x | X | x | | |
| Nehring, Paul | x | -- | | | x | 2.2.1945 |
| Niemann, Gustav | | | X | x | | |
| Pahlitzsch, Gotthold | x | x | X | x | | |
| Paschke, Max | x | -- | - | - | x | 7.5.1971 |
| Petersen, Julius | x | x | X | x | | |
| Pfanhauser, Wilhelm | x | x | - | - | x | 16.9.1960 |
| Pfleiderer, Carl | x | x | X | x | | |
| Poser, Hans | | | X | x | | |
| Pritschow, Karl | | x | X | x | | |
| Pungs, Leo | x | - | X | x | | |
| Rautmann, Hermann | x | x | X | x | | |
| Raven, Werner | x | -- | X | x | | |
| Risch, Carl | | x | X | x | | |
| Roloff, Ernst August | x | x | - | - | x | ausgetreten |
| Schaefer, Hermann | x | x | X | x | | |
| Schimank, Hans | | x | X | x | | |
| Schlichting, Hermann | x | x | X | x | | |
| Schmidt, Ernst | x | x | X | x | | |
| Schmitz, Otto | | x | X | x | | |
| Schultze, Georg Richard | x | - | - | x | | |
| Schulz, Ernst Hermann | x | x | - | - | x | 25.7.1962 |
| Spieß, Werner | x | x | X | x | | |
| Stegemann, Rudolf | x | -- | - | - | x | ? |
| Stoy, Wilhelm | x | - | X | x | | |
| Suhrmann, Rudolf | | | | x | | |
| Tank, Kurt | x | -- | - | - | x | 5.6.1983 |
| Thulesius, Daniel | | x | X | x | | |
| Unger, Franz | x | x- | X | x | | |
| Unsöld, Albrecht | | x | X | x | | |
| Wittig, Solms Wilhelm | x | -- | - | - | x | 1968 |
| gesamt | 50 | 38 | 53 | 59 | 16 | |
| davon gestrichen | 22 ⁱ /16 ^g | | | | | |
| davon wieder aufgenommen | 9 | | 6 | 9 | | |
| davon gestorb. bis 1949 | 3 | | | | | |
| davon ausgetr. bis 1949 | 2 | | | | | |

| | | | | | | |
|---------------------|--|---|----|----|--|--|
| davon neu seit 1945 | | 8 | 19 | 26 | | |
|---------------------|--|---|----|----|--|--|

Quellen: a = vom 3.12.1943 in: BWG, Veröffentlichungen und Mitteilungen 1.1944, S. 15-16; b = undatierte Liste nach dem 1.7.1945 (Ernennung von Gassner als Rektor der THBS) in Mappe BWG, Schriftstücke aus den 1940er Jahren; c = nach dem März 1949 entstanden in: Abhandlungen 1.1949,1, S. 165-168; d = Abhandlungen 2.1950, S. 226-229; e = Liste von Erich Schmidt „BWG – Gründungsmitglieder, die noch nicht in der Liste enthalten sind“ von 1967 in: UABS F001, Nr. 9; f = berechnet durch Vergleich der Listen von 1943 und 1945; g = handschriftliche Streichungen der Liste von 1943 in Mappe BWG, Schriftstücke aus den 1940er Jahren